

AL
DUPLICATE
BOOKS LIBRARY

LIBRARY
JAN 11 1956
UNIVERSITY OF CALIF. ED.

HOOVER
LIBRARY

Die Kommunistische Internationale

927 / HEFT 17

BERLIN, DEN 26. APRIL

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT
DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Die Krise der nationalrevolutionären Bewegung / Wille: Der Parteitag der KP der Tschechoslowakei / I.T. Murphy: Die sogenannte „Gesetzgebung“ der englischen Konservativen / O. Pjatnitzki: Die Errungenschaften, die Mängel und die nächsten Aufgaben der Organisationsarbeit der KI-Sektionen
Luhani: Indien und Englands Politik gegenüber der Sowjetunion / Bücher- und Zeitschriftenschau

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927

HEFT 17

26. APRIL

I N H A L T

| | Seite |
|--|-------|
| Die Krise der nationalrevolutionären Bewegung | 801 |
| Wille: Der Parteitag der KP der Tschechoslowakei | 808 |
| Murphy: Die sogenannte „Gesetzgebung“ der englischen Konservativen | 814 |
| Pjatnizki: Die Errungenschaften, die Mängel und die nächsten Aufgaben der Organisationsarbeit der KI-Sektionen | 820 |
| Luhani: Indien und Englands Politik gegenüber der Sowjetunion | 831 |
| Ferdi: Der türkische Bauer und die kemalistische Revolution | 836 |
| Johannson: Noch ein Marx-Verbesserer | 849 |

P R E I S

| | |
|------------------------------------|-----------------|
| Einzelheft | Reichsmark 0,30 |
| Per Kreuzband | „ 0,40 |
| Postabonnement monatlich | „ 1,— |
| Per Kreuzband monatlich | „ 1,25 |
| Postabonnement Quartal | „ 3,— |
| Ausland: Sowjet-Union | 3 Rubel Quartal |
| Vereinigte Staaten | 2 Dollar |

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55 547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

DIE KRISE DER NATIONALREVOLUTIONÄREN BEWEGUNG

In China sind Ereignisse von größter historischer Bedeutung vor sich gegangen. Tschang Kai-schek, der Höchstkommmandierende der nationalrevolutionären Armee, hat vor den Imperialisten faktisch kapituliert und einen konterrevolutionären Umsturz vollzogen. Noch vor einigen Tagen hatte General Tschang Kai-schek anlässlich des Ueberfalles auf die diplomatische Sowjetvertretung in Peking an den Geschäftsträger der Sowjetunion, Genossen Tschernych, ein Telegramm gerichtet, in dem er sich über die „offenbar auf Betreiben der imperialistischen Mächte, die nunmehr das Ende ihres feudalistischen Einflusses befürchten“, der Sowjetbotschaft durch die Peking Polizei „zugefügte präzedenzlose Beleidigung“ entrüstete.

Um die gleiche Zeit organisiert er aber eine Konferenz der rechten Kuomintang-Mitglieder in Nanking zwecks Spaltung der Kuomintang, beruft aus Schanghai die der Revolution ergebenen Divisionen ab, worauf dann sein Handlanger, Pai Tschung-si, nach einer Uebereinkunft mit einigen ausländischen Konsuln und unter Mitwirkung imperialistischer Truppen die Arbeiterwehren in Schanghai entwaffnet, um dann drei Arbeiterdemonstrationen, an deren Spitze Frauen und Kinder marschierten, unter Feuer zu nehmen; 100 Tote und 500 Verwundete waren das Opfer dieses Blutbades. Offenbar auf ein Signal aus einem gemeinschaftlichen Zentrum werden Arbeiterdemonstrationen in Nanking durch Beschießung zerstreut und in Hangschau und Futschau Verhaftungen von Kommunisten vorgenommen. Der Führer der nationalrevolutionären Armee hat sich damit in einen Henker der Arbeiter verwandelt. Der Verrat Tschang Kai-scheks ist kein von einer Einzelperson begangener verbrecherischer Akt. Tschang Kai-schek ist durch viele Fäden mit der chinesischen Großbourgeoisie verknüpft, — und hat nun deren Willen vollzogen.

Der Uebertritt der chinesischen Großbourgeoisie ins Lager der Konterrevolution war für die Komintern nichts Unerwartetes. Indem es konstatierte, daß die Klassengegensätze in China sich verschärfen, die Arbeiter und Bauern sich radikalisieren, die Bourgeoisie aus Furcht vor der anwachsenden Arbeiter- und Bauernbewegung in hohem Maße nach rechts abzuschwenken beginne, daß gleichzeitig im Schoße der Kuomintang eine gesteigerte Differenzierung und ein verschärfter Kampf einsetze, erklärte das 7. Plenum des EKKI schon im Dezember 1926, daß die chinesische Revolution an der Schwelle eines neuen, eines dritten Stadiums ihrer Entwicklung stehe, das durch die Bildung eines revolutionären Blockes dreier Klassen — des Proletariats, der Bauernschaft und der städtischen Kleinbourgeoisie — „unter Ausschaltung des größten Teiles der kapitalistischen Großbourgeoisie“ aus der gemeinsamen antiimperialistischen Front charakterisiert werde. Die Komintern hat also vorausgesehen, daß der Uebergang der kapitalistischen Bourgeoisie ins Lager der Konterrevolution sich im nächsten, im dritten Stadium der Revolution vollziehen werde; genaue Fristen wurden nicht angegeben und konnten selbstverständlich auch nicht angegeben werden.

Ebensowenig war es für die Komintern etwas Unerwartetes, daß gerade Tschang Kai-schek sich im kritischen Augenblick an die Spitze der Konterrevolution stellen und die Bestrebungen der von der Revolution abrückenden Bourgeoisie verwirklichen konnte. Die Komintern und die Kommunistische Partei Chinas haben es nicht vergessen, daß Tschang Kai-schek schon einmal, im März 1926, einen konterrevolutionären Umsturz herbeizuführen versucht hat. Da er jedoch nach diesem Versuche dennoch am revolutionären Feldzug nach dem Norden teilnahm, waren die Kommunisten nicht stark genug, um ihn unverzüglich zu entfernen; sie wollten Zeit gewinnen, die ja bei dem stürmischen Wachstum der Arbeiter- und Bauernbewegung für sie arbeitete: Die Zeit sollte genützt werden, um in der Armee die organisatorischen Garantien gegen die diktatorischen Bestrebungen Tschang Kai-scheks zu schaffen, wobei er gegenüber den Massen jedesmal kritisch und entlarvt wurde, wenn er das Steuer nach rechts zu werfen versuchte. Zur Illustrierung dessen führen wir hier zwei Tatsachen an. Am 26. Februar 1927 erließ das Huper Bezirkskomitee der Kommunistischen Partei Chinas einen Aufruf, der zur Unterstützung der Aufständischen in Schanghai aufforderte und mit den Worten schloß: „Ein Kompromiß mit den Imperialisten — ist Verrat am Lande und an der Revolution.“ In dieser Kundgebung lesen wir unter anderem:

„Die Führerin des chinesischen Proletariats, die Kommunistische Partei, die die Massen ständig gewarnt hat, ruft alle Arbeiter auf, sich zum Schutze gegen eine Gefahr zu organisieren. . . . Verbündete des Feindes befinden sich auf dem Territorium der Nationalregierung. Organisiert den sozialen Widerstand gegen die Feinde der Revolution! Genossen, Truppenführer und Soldaten — helft! Unterstützt das Schanghaier Proletariat! Wer seine persönlichen Interessen der Sache der Revolution nicht unterordnen kann und eine persönliche Diktatur anstrebt, indem er zu einem Kompromiß mit den nördlichen Militaristen oder mit den Imperialisten gelangen will, ist der Feind der Revolution, gegen den ein entschlossener Kampf geführt werden muß; andernfalls wird die Revolution bald sowohl einer äußeren wie inneren Gefahr gegenüberstehen. Die ganze Welt folgt dem Aufstande. Unsere Verbündeten sind nicht nur die Arbeiter der USSR, sondern auch die Arbeiter der ganzen Welt.“

Wen der Aufruf mit seinem Hinweis auf das Streben nach persönlicher Diktatur und auf den Versuch, zu einem Kompromiß mit den nördlichen Militaristen und den Imperialisten zu gelangen, im Auge hatte, war einem jeden klar. Die zweite Tatsache. Am 14. März fand in Tschangtscha ein hunderttausendköpfiges Protestmeeting gegen Tschang Kai-schek statt. Hier hielt niemand mehr auch nur im geringsten mit seiner Meinung zurück. Die auftretenden linken Kuomintang-Führer sagten:

„Die Militärdiktatur Tschang Kai-scheks usurpiert die Gewalt der Nationalregierung und der Kuomintang. Tschang Kai-schek verhandelt mit den japanischen Imperialisten und den Mukdener Militaristen. Er verzögert bewußt das Vorrücken gegen Schanghai, fördert damit indirekt den Feind und die weitere Vernichtung der Arbeiter.“

Die Meetingteilnehmer schrien:

„Wir sind gegen den Militärdiktator Tschang Kai-schek!“ „Fort mit dem Reaktionär Tschang Tschin-tsjan!“ „Wir wollen das Bündnis mit Sowjetrußland und mit der Kommunistischen Partei unterstützen!“ „Wir sind für eine Arbeiter- und Bauernpolitik!“

An Tschang Kai-schek wurde ein Telegramm mit einer Warnung gerichtet, an das Exekutivkomitee der Kuomintang ein Telegramm mit der Forderung, gegen die reaktionäre Clique den Kampf zu führen und die Forderungen der Arbeiter und Bauern durchzusetzen.

Die Resolution des 7. Erweiterten Plenums des EKKI besagt, daß die chinesische Revolution an der Schwelle eines neuen, eines dritten Stadiums stehe. Es handelte sich nun darum, wie die KPCh diesen schwierigen Uebergang vollziehen soll. Hier waren zwei Wege möglich: einmal — die Kuomintang zu verlassen und das Proletariat der von einer unverläßlichen Regierung und vom Generalstab geleiteten nationalen Freiheitsbewegung gegenüberzustellen. Dieser Weg würde einer Verkürzung der Aufgaben des Proletariats zu rein trade-unionistischen Aufgaben gleichkommen, oder aber einem Gerede über eine Erhebung des Proletariats gegen die Kuomintang, gegen die nationale Regierung und gegen den Generalstab — bei gleichzeitiger Einbuße des Einflusses des Proletariats in der Kuomintang, in der gesamten Masse der auf seiten der Kuomintang stehenden städtischen Kleinbourgeoisie, sowie der Auslieferung dieser städtischen Kleinbourgeoisie auf Gnade und Ungnade an die konterrevolutionäre Großbourgeoisie; dies hätte die Niederlage des Proletariats im Augenblicke eines akuten revolutionären Konfliktes besiegelt. Dieser Weg hätte objektiv die Aufgabe der anwachsenden Konterrevolution außerordentlich erleichtert. Das 7. Plenum der Komintern hat ihn deshalb entschieden abgelehnt und einen anderen Weg gewählt — nämlich die Festigung des linken Flügels der Kuomintang, die Schaffung einer Arbeiter- und Bauern-Basis für denselben, die weitere Entfaltung der Bewegung der Arbeiter und Bauern unter Ausgestaltung ihrer Forderungen, die allmähliche Eroberung der einflußreichen Positionen in Regierung und Armee durch die Kommunisten und die linken Kuomintang-Mitglieder. Dieser Weg gab der KPCh die Möglichkeit, die Revolution nicht nur von unten, sondern auch von oben vorwärtszutreiben, gab ihr zugleich die Möglichkeit, Kräfte zu sammeln für den Fall eines direkten Zusammenstoßes mit der ins Lager der Konterrevolution abschwenkenden Bourgeoisie.

Die Kommunistische Partei Chinas schloß sich nach sorgfältiger Erwägung der Frage voll und ganz dem Standpunkt der Komintern an und hatte in der Eroberung der Hegemonie in der Freiheitsbewegung durch das Proletariat in kurzer Zeit solche Erfolge zu verzeichnen, daß im Lager der Imperialisten starke Beunruhigung Platz griff. Das bezeugte ziemlich einmütig die bürgerliche Presse. Der bürgerliche Journalist E. Ssokolski äußert sich in einem in der „North-China Daily News“ veröffentlichten Artikel nach der Schilderung der Demoralisation im Lager Tschang Tso-lins wie folgt:

„Die Lage Tschang Kai-scheks ist jedoch noch gefährlicher. Er hat die Kommunistische Partei Chinas gegen sich, die sich die Vernichtung seines Einflusses nicht nur in der Kuomintang und in der Nationalregierung, sondern auch in ganz China zum Ziele setzt Die Kommunisten haben in allen Kommissionen und auf allen Kommandostellen Posten inne. Der neuorganisierte Revolutionäre Kriegsrat legt in die Hände dieser Gruppe die gänzliche Kontrolle über die Armee Tschang Kai-scheks und über die gesamten Regierungsressorts. Wenn dieser Apparat sich gefestigt hat, so wird er unzerstörbar sein und die ganze Welt wird bewaffnete Kräfte gegen ihn aufbieten müssen.“

Wir wollen nicht untersuchen, ob die von dem bürgerlichen Publizisten angeführten Tatsachen, die nur von Kommunisten reden, die linke Kuomintang jedoch unerwähnt lassen, vollkommen zutreffend sind. Es ist jedoch Tatsache, daß Tschang Kai-schek sich, wenn auch nur zeitweilig, zum Nachgeben und zu der Erklärung gezwungen sah, daß die Generalität verpflichtet sei, sich der nationalen Regierung und der Kuo-

mintang unterzuordnen. Die Kommunisten glaubten keinen Augenblick an die Aufrichtigkeit dieser Deklaration, aber die Bourgeoisie zeigte sich dadurch in hohem Maße beunruhigt. Der japanische Journalist Waschio schrieb im Blatte „Japan advertiser“:

„Die Herstellung einer Kontrolle über das demokratische Komitee und das Militärkommando ist scheinbar eine vernünftige Maßnahme, doch sind das nur Formalitäten. In Wirklichkeit hat Su-Tschen (der Führer des linken Flügels der Kuomintang. Die Red.) gemeinsam mit Tschang Schen-tschu eine Truppenmacht als Gegengewicht gegenüber Tschang Kai-schek organisiert.“

Des weiteren sucht der Verfasser die Kuomintang-Anhänger von der Nützlichkeit der Militärdiktatur zu überzeugen:

„Demokratie kann nicht ohne Diktatur existieren. Die demokratische Revolution kann am besten durch die Diktatur verwirklicht werden. Es wäre auch am besten, Tschang Kai-schek oder irgend einem anderen das Oberkommando zu übertragen.“

Diese Worte sind höchst bezeichnend. Die Diktatur pflegt eine überaus nützliche Sache zu sein. Es fragt sich nur, welche Klasse im Besitze der Diktatur ist — ob es die Diktatur einer revolutionären Klasse oder eines Blockes revolutionärer Klassen ist, oder aber die Diktatur einer konterrevolutionären oder einer auf ein konterrevolutionäres Gleis geratene Klasse, oder aber endlich die persönliche Diktatur eines Bonapartisten, der objektiv auch dieser Klasse dient. All diesen heiklen Fragen geht der bürgerliche Verfasser aus verständlichen Gründen sorgsam aus dem Wege. Die Bourgeoisie wettet gegen die Diktatur, wenn der Träger derselben das Proletariat ist; sie tritt aber in jedweder Weise für die Diktatur des Bonapartisten ein, wobei sie zum Zwecke der Uebertölpelung der Massen erforderlichenfalls bereit ist, ihn als einen „revolutionären Diktator“ zu bezeichnen.

Die Zunahme des Einflusses der Kommunistischen Partei Chinas kam besonders klar darin zum Ausdruck, daß sich die Mehrheit der Kuomintang und die bisherige Nationalregierung im Augenblicke des konterrevolutionären Umsturzes im gleichen Lager mit den Kommunisten fanden; anders hätte Tschang Kai-schek es auch nicht unternommen, als Gegengewicht eine neue Regierung zu bilden. Diese Festigung der Position der Kommunistischen Partei im Zentrum neben der erweiterten und gefestigten Organisation der Arbeiter und Bauern hat sich schon in der Lage der Arbeiter- und Bauernmassen in der Provinz widerzuspiegeln begonnen. Dies wird gleichfalls durch die bürgerliche Presse bestätigt. So bringt z. B. das Blatt „Peking and Tientsin Times“ vom 25. März eine Korrespondenz, die die Lage in der Stadt Tschaojan in der Provinz Kwantung schildert. In dieser Korrespondenz lesen wir:

„In Tschaojan ist das Amt des Oberbürgermeisters noch geblieben, doch ist es nur eine leere Bezeichnung. In Wirklichkeit befindet sich die Verwaltung in den Händen der Arbeiterräte und der anderen Räte, unter denen die Bauernverbände die mächtigsten sind und ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig leiten. Sie entscheiden, welche Steuern gezahlt und welche nicht gezahlt werden sollen. Ihre Vertreter sitzen im Gericht und entscheiden in Sachen, die ihre Mitglieder betreffen. Sie erlassen offizielle Dekrete. Sie unterordnen sich niemandem und erkennen niemand an.“

Der bürgerliche Korrespondent muß anerkennen, daß die Bauern ohne die bürokratische Bevormundung nicht übel wegkommen:

„Gewiß — so schreibt er — vom staatlichen Standpunkt ist eine solche Lage als Anarchie zu bezeichnen, doch wickelt sich das Leben der Menschen ziemlich glatt ab;

die Bauernbewegung hat die Lage der Bauernschaft gebessert. Bisher waren die Bauern vollkommen entrechtet, jetzt sind sie im Besitze von Rechten und unterstützen deshalb die Bewegung mit Begeisterung. Da die Bauern im ganzen sehr arbeitsam sind und auf Ordnung halten, so ist anzunehmen, daß kein großer Schaden hieraus entstehen dürfte. Der Bauernverband verursacht keine Streiks und stört auch nicht den Handel.“

Man sollte nun glauben, da wäre nun weiter nichts auszusetzen. Der bürgerliche Korrespondent kann sich jedoch mit der Lage keineswegs abfinden und schreibt:

„Diese Bewegung birgt aber viele Gefahren für den Staat in sich und bildet ein Element der Anarchie.“

Vom Standpunkt der Bourgeoisie ist das chinesische Volk ein Hund, der den Stecken liebt.

Wir sehen, daß der Kampf der Kommunistischen Partei Chinas um die Hegemonie des Proletariats in der nationalen Bewegung schon einige Früchte zu tragen begonnen hat. Wenn die chinesischen Kommunisten auf den Rat der linken Boykotteure gehört hätten, so wären sie im kritischen Augenblick der Umgruppierung der Kräfte isoliert gewesen. Jetzt aber haben sie in der zugespitzten Krise der nationalrevolutionären Bewegung dank der richtig gewählten Linie die breiten Massen hinter sich, was gleichfalls durch die gut unterrichtete japanische bürgerliche Presse bestätigt werden muß. Die japanische Zeitung „Nichi-Nichi“ schreibt nach dem durch Tschang Kai-schek vollzogenen Umsturz in einem Leitartikel:

„Tschang Kai-schek ist nunmehr endgültig von Wutschang abgerückt; wir bezweifeln jedoch, daß es leicht fallen werde, den kommunistischen Einfluß, der sich in den Arbeitermassen, wie im Volke überhaupt, tief eingewurzelt hat, in China endgültig zu vernichten.“

Welchen unmittelbaren Zweck verfolgte die Kommunistische Partei Chinas, als sie die Eroberung der Hegemonie des Proletariats in der chinesischen Revolution anstrebte? Dachte sie etwa daran, daß in China die Frage der Aufrichtung einer rein proletarischen Diktatur schon auf der Tagesordnung stehe? Keineswegs. Die Komintern schätzte das Kräfteverhältnis der Klassen Chinas, den Grad der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und die internationale Situation richtig ein. Deshalb kennzeichnete das 7. Plenum des EKKI das kommende Stadium der Revolution als die demokratische Diktatur des Proletariats, der Bauernschaft und der städtischen Kleinbourgeoisie unter der Hegemonie des Proletariats, und die kommende Herrschaft als die antiimperialistische revolutionäre Regierung des Blockes dieser drei Klassen. Die Komintern bezeichnete als die nächste Aufgabe der Revolution in China nicht die Verwirklichung des sozialistischen Umsturzes, sondern die Vollendung der nationalen Revolution, die mit ihrer Spitze gegen die Imperialisten gerichtet ist und sich in ihrem Entwicklungsprozesse zu einer sozialistischen auszuwachsen beginnen werde. Nur sofern die Vollendung des nationalen Kampfes in China gegen den imperialistischen Druck zur Bildung einer neuen starken Bresche in der verfaulenden kapitalistischen Welt führen werde, nur sofern sie zugleich eine Nationalisierung der großen ausländischen Unternehmen in China bedeuten werde, wird sie nach der Ansicht des Plenums des EKKI China die Perspektive einer nicht-kapitalistischen (sozialistischen) Entwicklung sichern. Wenn die Kommu-

nistische Partei Chinas den Grad der kapitalistischen Entwicklung Chinas überschätzt, den Druck des Imperialismus in China dagegen unterschätzt und nicht alle Besonderheiten der chinesischen Revolution in Betracht gezogen hätte, so würden die Imperialisten darüber nur Freude empfunden haben, denn dies hätte das chinesische Proletariat zur Ohnmacht verdammt. Die chinesischen Kommunisten betraten aber einen anderen Weg. In ihrem Kampfe gegen die Bourgeoisie, für den sozialistischen Entwicklungsgang Chinas, stecken sie sich das Ziel, in der nächsten Etappe die nationale Befreiung Chinas vom Joche des Imperialismus zu vollenden, indem sie gleichzeitig die Kräfte des Proletariats für das Vordringen in die nächste Etappe der proletarischen Diktatur sammeln. Dies erweckt die Sympathie der ungeheuren Mehrheit des chinesischen Volkes für ihre Politik. Auf diesem einzig richtigen Wege zum Sozialismus erobert sich die Kommunistische Partei Chinas allmählich die Hegemonie in der nationalen Freiheitsbewegung, indem sie diese auf den unversöhnlichen Kampf gegen den Imperialismus richtet. Das ist es, was im Lager der Imperialisten die größte Bestürzung hervorruft; das war es auch, was diese nach dem siegreichen Aufstand der Schanghaier Arbeiter veranlaßte, in China die offene Intervention einzuleiten und gleichzeitig zu versuchen, die chinesische Bourgeoisie auf ihre Seite zu ziehen, die wie jede Bourgeoisie bereit ist, die Interessen ihres Vaterlandes zu verraten, wenn die Revolution ihren Geldbeutel auch nur im mindesten bedroht. Es war eben das dank der richtig gewählten Linie einsetzende schnelle Wachstum des Einflusses der Kommunistischen Partei unter den Volksmassen Chinas, was die Imperialisten veranlaßte, ihre Front zu festigen und fieberhafte Vorbereitungen für die Vernichtung der chinesischen Revolution zu treffen. Daher das Bombardement Nankings und der provokatorische Ueberfall auf die Sowjetbotschaft in Peking.

Um aber einen neuen Weltkrieg gegen China und dessen Verbündeten, die USSR, zu beginnen, um aufs neue die Menschheit in den Abgrund zu stoßen, in den sie das furchtbare Blutbad des Jahres 1914 gestoßen hatte, muß der Imperialismus sich den Rücken decken, muß er wenigstens den Versuch machen, bei sich zu Hause die Arbeiter- und Bauernmassen hinters Licht zu führen, muß sich in die Maske „des Befreiers“ hüllen, wie er es im Jahre 1914 getan hat. Zu diesem Zwecke mußten die Imperialisten in China irgendeinen „Nationalhelden“ auf den Schild erheben, den sie angeblich aus Liebe zum chinesischen Volke vor den bolschewistischen „Barbaren“ schützen wollen. Die Rolle eines solchen, von den Bolschewiki bedrängten „Nationalhelden“, konnte am besten Tschang Kai-schek spielen, der sich im nördlichen Feldzug Lorbeeren errungen hatte. Die Imperialisten begannen deshalb, gleichzeitig mit ihren blutigen militärischen Heldentaten in Nanking, ein gesteigertes diplomatisches Spiel mit Tschang Kai-schek, indem sie ihn auf jedwede Weise umbuhnten, bis er sich ihnen ergab. Nachdem er sich mit dem Blute der Schanghaier Arbeiter befleckt hatte, identifizierte sich Tschang Kai-schek vollkommen mit jenen Militaristen, gegen die er soeben gekämpft hatte. Dies erkennt die imperialistische Presse offen an. Der von uns zitierte Leitartikel der japanischen Zeitung „Nichi-Nichi“ erklärt:

„Unserer Meinung nach besteht zwischen dem Norden und dem Süden kein großer Unterschied, insbesondere nicht zwischen Tschang Kai-schek und Sun Tschuan-fang, sofern beide sich dasselbe Ziel setzen — die Beseitigung des russischen Einflusses und den Kampf gegen den Kommunismus.“

Tschang Kai-schek hat sich mit den nördlichen Militaristen identifiziert, er ist aber gefährlicher als diese, weil er ein innerer Feind der Revolution ist, weil er bis jetzt den nationalrevolutionären Kampf geleitet hat. Tschang Kai-schek ist zum Verräter seines Volkes geworden; er hat bisher nur ein Häuflein rechter Kuomintang-Mitglieder auf seine Seite gezogen; die Fahne Sun Yat-sens hat er verraten, indem er gegenwärtig in Nanking eine neue Regierung als Gegengewicht gegenüber der nationalen Regierung in Wutschang, der er vor ganz kurzer Zeit noch seine Treue geschworen hat, zu organisieren beginnt. Das von seinen Handlangern in Schanghai vergossene Arbeiterblut hat eine unüberbrückbare Kluft zwischen ihm und der Volksmasse aufgetan. Trotz alledem kann es nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß die bürgerliche Presse der ganzen Welt bei ihrer Vorbereitung des verbrecherischen Weltkrieges überall und allenthalben einmütig das Geschrei erheben wird, daß Tschang Kai-schek der nationalen Sache in China treu geblieben sei, daß gerade er die Fahne Sun Yat-sens hochhalte, daß gerade der ihm folgende Teil der Kuomintang die wirkliche Kuomintang sei, daß aber diejenigen, die sich gegenwärtig als Mitglieder der revolutionären Kuomintang bezeichnen, nur untergeschobene Leute der Moskauer Verschwörer seien.

Die imperialistischen Räuber schicken sich gegenwärtig an, China in Strömen von Lüge und Blut zu ertränken, jenes China, das die Frechheit besaß, sich zu erheben, um die Ketten der imperialistischen Sklaverei von sich zu werfen. In Strömen von Lüge und Blut schicken sie sich gegenwärtig an, zugleich auch die proletarische Revolution der Welt zu ertränken, um bei sich zu Hause die Schlinge um den Hals des Proletariats noch fester ziehen zu können.

Es wird ihnen aber nicht gelingen, denn in China sind ungeheure Arbeiter- und Bauernschichten zum Kampfe erwacht, denen der kapitalistische „kema- listische“ Weg der Entwicklung Chinas, der sich durch den ungeheuren wirtschaftlichen Druck des ausländischen Kapitalismus innerhalb Chinas noch mehr kompliziert, keine erfreuliche Aussicht bietet. Es wird ihnen nicht gelingen, weil das Weltproletariat nicht vergessen hat, welche Schrecknisse und Nöte der „Befreiungs“krieg von 1914 gebracht hat. Unter dem Druck der teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus hat es in seinem bedeutenden Teil mit Zähneknirschen und mit verhaltener Wut gelitten oder sich gewehrt. Allein seine Avantgarde, das kommunistische Proletariat, hat ernsthaft für den Uebergang zur Offensive gekämpft. Wenn aber der Imperialismus selbst die Furien des Krieges entfesseln, das Gleichgewicht der kapitalistischen Ordnung stören wird, dann wird das Weltproletariat sich all des von ihm seit der Zeit des verfluchten Jahres 1914 Erlebten erinnern und, seine Glieder reckend, die Ketten des Kapitalismus von sich schleudern. Es wäre aber ein Verbrechen, zu erwarten, daß dieses Ziel um den Preis eines zweiten Weltkrieges erreicht werde. Angesichts der deutlich heraufziehenden Gefahr eines Weltkrieges muß das Proletariat aller Länder auf die Beine gebracht werden, über die ganze Welt hinweg muß der Ruf erschallen: „Hände weg von China und der USSR“, Hinweg mit den imperialistischen Henkern des chinesischen Volkes und mit den Brandstiftern eines neuen Weltkrieges, fort mit Tschang Kai-schek, fort

mit den Verrätern der chinesischen Revolution, die chinesische Arbeiter niederschließen.“ Es leben die Arbeiter Schanghais! Es lebe die revolutionäre Kuomintang und die Kommunistische Partei Chinas! Ueberall und allenthalben muß der Kampf einsetzen gegen die Durchfuhr von Waffen und Soldaten nach China, überall und allenthalben muß sich aber das Proletariat darauf vorbereiten, daß, wenn der Krieg dennoch entbrennen sollte, dieser Krieg in einen Bürgerkrieg verwandelt wird.

WILLE: DER PARTEITAG DER KP DER TSCHECHOSLOWAKEI

In Prag tagte vom 25. bis 28. März der 4. Parteitag der KPTsch. Anwesend waren 273 Delegierte (mit beschließender Stimme 130). Auf der Tagesordnung standen folgende wichtige Fragen: 1. der Bericht der Zentrale, in Verbindung damit die politische Situation und die nächsten Aufgaben der Partei; 2. die Agrarfrage und 3. die Gewerkschaftsfrage.

Aus dem Bericht der Zentrale ging hervor, daß die Mitgliederzahl der Partei seit dem 3. Parteitag (im Herbst 1925) von 93 000 auf 138 000 gestiegen ist. In dem verhältnismäßig kleinen Lande ist diese Zahl bereits sehr beachtenswert. Die soziale Zusammensetzung der Partei zeigt folgendes Bild: 78,4 Prozent Lohnarbeiter, 21,6 Prozent andere (von diesen machen den größten Teil nur im Haushalt beschäftigte Arbeiterfrauen aus). Die bedeutendsten Arbeitergruppen in der Partei sind: Landarbeiter (12,1 Prozent), Bauarbeiter (9,8 Prozent), Metallarbeiter (9,4 Prozent), Textilarbeiter (7,5 Prozent) und Bergarbeiter (7,0 Prozent). Weiter gibt es unter den Mitgliedern Holzarbeiter, Eisenbahner u. a., Kleinbauern (3,6 Prozent), Intellektuelle (1,9 Prozent). Die wirklich aktiven Mitglieder, die regelmäßig Parteiarbeit leisten, bilden nur ein Viertel der Gesamtzahl; die übrigen nehmen noch unregelmäßig oder auch gar nicht an der Parteiarbeit teil.

Trotzdem hat die Partei in den letzten Jahren auf dem Gebiet der politischen Massenkampagnen eine rege und erfolgreiche Aktivität entfaltet. Bei den letzten Parlamentswahlen (Herbst 1925) erhielt die KPTsch 933 711 Stimmen (41 Abgeordneten- und 20 Senatoren-Mandate), was von allen Seiten als ein bedeutender Sieg anerkannt wurde. Mehrere von der KP geführte Kampagnen für konkrete Teilforderungen der Arbeiterklasse (z. B. gegen die Steuerabzüge vom Lohn, gegen Teuerung und Arbeitslosigkeit, gegen die reaktionäre Steuerreform und gegen die Verschlechterung der Gemeindeautonomie) haben klar gezeigt, daß die Kraft der KPTsch, breite Massen der Werkstätigen zu mobilisieren, bereits viel größer ist als der Einfluß der reformistischen Parteien auf die Massen. Vor allem kann der politische Kampf der KPTsch gegen den Faschismus als Beispiel einer richtig und erfolgreich geführten Massenkampagne angeführt werden.

Als die Faschisten für den 5. Juli vorigen Jahres einen großen Aufmarsch

vorbereiteten und mit einem Umsturz drohten, verloren einzelne Genossen sofort den Glauben an die Möglichkeit, einen Kampf gegen die Umsturzpläne der Faschisten aufzunehmen, so z. B. Genosse Neurath, der Waffenträger der russischen Opposition in der Tschechoslowakei. Während die übrigen Genossen im ZK der Partei die Frage stellten, was zu tun sei, um die Pläne der Faschisten zu durchkreuzen, wußte Genosse Neurath nichts anderes zu tun, als darüber zu klügeln, „was die KPTsch und ihre Führung nach vollführtem faschistischen Umsturz zu unternehmen habe“. Das ZK leitete aber eine energische Aktion zur breitesten Mobilisierung der Massen ein, und zwar nicht nur gegen den Faschismus im allgemeinen, sondern vor allem gegen einige konkrete, besonders reaktionäre Maßnahmen, die die Faschisten unterstützt hatten (z. B. gegen die Zölle, die die Teuerung verschärft hatten). Durch den Druck des erfolgreichen mächtigen Massenaufgebots sahen sich die Faschisten gezwungen, den Rückzug anzutreten. Ihre großgeplante Kampfkundgebung schrumpfte zu einer schwachen, isolierten Parade zusammen, und danach begann in ihren Reihen ein Prozeß der inneren Zersetzung. Die Unternehmer und die staatlichen Organe veranstalteten eine wahre Hetzjagd auf die Kommunisten. Tausende von ihnen wurden aus ihren Arbeitsstellen entlassen; der Klassenjustiz fielen nach dem 3. Parteitag 1196 Parteimitglieder zum Opfer. Die Partei fand aber eine energische Antwort auf diese Verfolgungen: Gegen die Verbote öffentlicher kommunistischer Kundgebungen wurde in den Betrieben eine Protestbewegung eingeleitet, und durch die darauf erfolgte Massenbewegung erkämpfte die Partei neuerlich das Recht freier Kundgebungen und der Legalität.

Den großen Einfluß der KPTsch auf die Massen demonstrierte der 24-stündige Generalstreik der Bergarbeiter, der auf die Initiative der Kommunisten als Protestkundgebung gegen den Abbau der Bergarbeiterversicherung beschlossen und zwei Tage vor dem Parteitag der KPTsch überall im Lande durchgeführt wurde. Die im Anschluß daran in Prag organisierte Demonstrationsversammlung, die sich auch zu einer begeisterten Kundgebung für die chinesische Revolution gestaltete, bildete einen imposanten Auftakt zum Parteitag der KPTsch.

Die Verhandlungen des Parteitages trugen durchaus ernsten, sachlichen Charakter. Man konnte deutlich fühlen, daß die Delegierten die Partei und keine Fraktionen vertraten und daß sie von dem Bestreben, praktische Arbeit zu leisten, beseelt waren. Der Parteitag war organisatorisch und technisch gut, politisch schwächer vorbereitet, d. h. die konkreten Probleme der Bewegung und der kommunistischen Politik der nächsten Zukunft waren nicht genügend klar und scharf herausgearbeitet.

Alle Referate auf dem Parteitag enthielten eine offene, gesunde Selbstkritik. Im Bericht des Zentralsekretariats lenkte Genosse Jilek hauptsächlich die Aufmerksamkeit auf die Mängel, die im organisatorischen Leben der Partei vorhanden sind. Er zeigte konkret eine ganze Reihe solcher Mängel, vor allem in der Zellen- und Fraktionsarbeit, und forderte die Parteiorganisationen auf, eine systematische Arbeit zur Erziehung neuer aktiver Kräfte durch richtige Organisation der Kollektivarbeit aufzunehmen. Im übrigen stellte Genosse Jilek fest, daß der Block in der Parteiführung, der auf der 5. Erweiterten Exekutive (1925) zur Liquidierung der rechten Oppo-

sition (Bubnik & Co) gebildet worden ist, sich in der Praxis vollkommen bewährt hat, und daß die Richtungen, in welche die Partei geteilt war, „in leninistischer Parteiarbeit zusammenwachsen“.

Genosse H a k e n hat in seinem Referat über die wirtschaftliche und politische Lage und die Aufgaben der Partei besonders die Anzeichen der Krise der kapitalistischen Stabilisierung sowohl im Weltmaßstabe wie in der Tschechoslowakei hervorgehoben. Vom Standpunkt der internationalen Pflichten der Partei betonte er die Aufgabe der Partei, ihre Bereitschaft zum Kampf derart zu erhöhen, daß sie imstande ist, jeden Kampf des internationalen Proletariats zu unterstützen. Als innere Aufgaben der Partei hob er hervor:

a) daß die KPTsch eine einheitliche, feste, disziplinierte Massenorganisation mit einer zielbewußten Führung bleibe; b) daß sie in der ideologischen und organisatorischen Bolschewisierung fortschreite und den Opportunismus in den eigenen Reihen bekämpfe; c) daß ihre Taktik der objektiven Situation entspreche, daß sie stets die Taktik des revolutionären Klassenkampfes sei; d) daß sie mit Hilfe des demokratischen Zentralismus eine absolute innere Disziplin erhalte; e) daß sie ihre Aktionsfähigkeit durch die Aktivisierung der Zellen aller Organe, durch Verallgemeinerung der Arbeitspflicht der gesamten Mitgliedschaft, der Männer, der Frauen und der Jugend und schließlich durch Bildung eines revolutionären Aktivs erhöhe; f) daß sie durch die theoretische Schulung ein höheres Niveau der Presse, der Funktönäre und der gesamten Mitgliedschaft erziele.

Der vom Genossen S m e r a l zu diesem Punkt der Tagesordnung geschriebene, vom Polbüro angenommene Resolutionsentwurf weist u. a. auf folgende vier Erscheinungen hin, die sich im Laufe des letzten Jahres im politischen Leben der Tschechoslowakei gezeigt haben: 1. die Verdrängung der tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten aus der Regierung; 2. die Erhöhung des Einflusses der tschechischen Agrarpartei auf die Regierung bei gleichzeitiger Verstärkung des kapitalistischen Charakters dieser Partei; 3. bedeutende Stärkung des katholischen Klerikalismus in der Regierung; 4. Annäherung der bisher nationalistisch-oppositionellen deutschen und slowakischen Bourgeoisie an die herrschende tschechische Nation und Teilnahme der deutschen und slowakischen bürgerlichen Parteien an der neuen Regierungskoalition.

Die jetzige Regierung wird in der Resolution als eine Regierung der äußersten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Reaktion charakterisiert. Teils infolge der ökonomischen Krise, teil infolge der Offensive der vereinigten Kapitalisten und Agrarier verschärfte sich die Klassengegensätze zwischen diesen besitzenden Klassen auf der einen und den Arbeitern und Kleinbauern auf der anderen Seite immer mehr. In dieser Situation sei es die Aufgabe der Kommunistischen Partei, sowohl in ihren eigenen Reihen wie auch in den breiten Arbeitermassen, die aus den reformistischen Illusionen erwachen, den Glauben an das sozialistische Ziel und an die Methoden des revolutionären Kampfes wach zu erhalten. Weiter betont die Resolution die Pflicht der Partei, mit großer Sorgfalt dafür zu sorgen, daß ihre bisherige Verbindung mit den Massen sich nicht nur nicht lockert, sondern wächst und immer inniger wird (durch größere Verbreitung der Parteipresse,

bessere Organisierung der Jugend und der arbeitenden Frauen; dadurch daß sich die Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung und bei allen sozialen Konflikten und Kämpfen für die täglichen Teilforderungen als die besten Vertreter der Arbeiterinteressen auszeichnen; durch zweckmäßigere Ausnutzung der Betriebsräte und ihre Erziehung zum solidarischen Kampf aller Berufszweige; durch weitere Entfaltung der Einheitsfronttaktik in verschiedenen organisatorischen, von unten auf herauszubildenden Formen; durch die Erweiterung unseres Einflusses auf die wirtschaftlich bedrohten Schichten der Bauernschaft und des Mittelstandes; durch Erlangen der Hegemonie im nationalen Befreiungskampfe der Minderheitsnationen und Ausnutzung dieses Kampfes zur Erweiterung und Vertiefung der antikapitalistischen Front überhaupt usw.).

„Der Parteitag fordert alle Mitglieder der Partei zur äußersten Anstrengung der Kräfte für die weitere Vertiefung der Bolschewisierung auf dem Gebiete des organisatorischen Aufbaues, der Gewerkschaftstaktik, der Verbindung mit dem flachen Lande und auf dem Gebiete der ideologischen und theoretischen Bolschewisierung der Parteimitgliedschaft auf.“

In der Resolution wurde auch stark betont, daß der Kampf gegen die Offensive des Kapitals und gegen die politische Reaktion in der Tschechoslowakei in enger Verbindung mit allen wichtigen Ereignissen an der Weltfront der sozialen Revolution geführt werden muß:

„Die KPTsch muß auch in der kommenden Periode dafür Sorge tragen, daß nicht nur die Kommunisten, sondern überhaupt möglichst große Massen des tschechoslowakischen Proletariats stets auf der Wacht stehen und bereit sind, zum Kampfe gegen Kriegsgefahr und zur Unterstützung aller wichtigen Brennpunkte der internationalen Arbeiterbewegung. Was in den Kräften der Arbeiterschaft dieses Staates steht, muß darauf verwendet werden, die Anschläge des Imperialismus gegen die revolutionäre Bewegung in China zunichte zu machen. In besonderer Solidarität fühlen wir uns auf Tod und Leben verbunden mit dem großen proletarischen Staat der Union der Sowjetrepubliken, gegen welche die kapitalistische Welt unter der Führung Englands seine verbrecherische militärische Intervention vorbereitet.“

Die Debatte zum ersten Punkt der Tagesordnung war ziemlich kurz und berührte hauptsächlich nur verschiedene organisatorische Mängel der Parteiarbeit. Unter anderem wurde eine bedeutende Fluktuation der Mitgliedschaft der Zellen festgestellt und diese Erscheinung wesentlich darauf zurückgeführt, daß die Zellenarbeit — in unrichtiger, allzu offen sichtbarer Form — die Kommunisten in den Betrieben verrät und dem Hinauswurf aussetzt. In der politischen Resolution wollten einige Genossen eine gewisse Uebertreibung des Einflusses des ausländischen, insbesondere des englischen Imperialismus auf die in der Tschechoslowakei in der letzten Zeit erfolgte offen reaktionäre Wendung der bürgerlichen Politik sehen. Es zeigte sich aber in der Kommission, daß es richtig war, was in der politischen Resolution betont wurde: Die letzte Entwicklung der bürgerlichen Politik in der Tschechoslowakei muß betrachtet werden im Zusammenhang mit den Bestrebungen einiger imperialistischer Mächte, vor allem der englischen Regierung, eine internationale konterrevolutionäre Einheitsfront gegen die chinesische Revolution, die Sowjetunion und die revolutionäre Arbeiterbewegung in allen Ländern zu schaffen. Es wurde auch festgestellt, daß tatsächlich in der letzten Zeit der englische Einfluß auf die bürgerliche Politik in der Tschechoslowakei stark gewachsen ist und sich im Vergleich mit dem französischen Einfluß bereits überwiegend zeigt.

Ueber die **Agrarfrage** referierte Genosse **Bolen**. Es ist mir im Rahmen dieses Artikels unmöglich, seine interessante Schilderung der in mancher Hinsicht eigenartigen Agrarverhältnisse der Tschechoslowakei oder die ausführlichen Richtlinien der Resolution zu dieser Frage wiederzugeben. Die sich anschließende Diskussion offenbarte ein reges Interesse der Delegierten an dieser Frage. Die Diskussionsredner deckten die Machenschaften auf, mit deren Hilfe die Agrarparteien breite Schichten der werktätigen Landbevölkerung unter ihrer Führung halten. Die Agitation der Großgrundbesitzer gegen die Kommunisten mit dem Schlagwort, daß jedem Bauer auch der kleinste Bodenbesitz genommen werden soll, hat noch immer nicht seine Wirksamkeit verloren. Trotzdem ist es der KP in vielen Orten durch verschiedene Methoden(die in der Diskussion konkret geschildert wurden) gelungen, Verbindungen mit den Bauernmassen herzustellen. Auch die Teilnahme der slowakischen nationalistischen Partei (Illinka-Partei) an der Regierung erleichtert gegenwärtig den Kommunisten das Herankommen an die enttäuschten slowakischen Kleinbauern.

Das größte Interesse des Parteitags konzentrierte sich auf die Probleme der **Gewerkschaftsbewegung**. Diese Probleme sind auch lebenswichtig für den weiteren erfolgreichen Vormarsch der revolutionären Bewegung in der Tschechoslowakei. Die Gewerkschaftsbewegung ist dort in 15 verschiedene isolierte Verbände zersplittert. Unter diesen gibt es mehrere reformistische Verbände, die größer sind als der Verband der roten Gewerkschaften, und die Gesamtzahl der Mitglieder aller reformistischen Organisationen ist natürlich viel größer. Unter diesen Umständen ist der Kampf der Kommunisten für die gewerkschaftliche Einheit höchst wichtig, aber gleichzeitig sind die Probleme der weiteren Entwicklung dieses Kampfes sehr kompliziert. Das Interesse der Stärkung der roten Gewerkschaften gerät oft in Widerspruch sowohl mit dem Interesse der Entfaltung der Einheitsbewegung, wie auch mit der Entwicklung der kommunistischen Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften. So steht man auch tatsächlich auf einem toten Punkt: Die Entwicklung der roten Gewerkschaften geht mehr zurück als vorwärts, die kommunistische Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften ist ebenfalls schwach, und der Kampf um die Einheit hängt in der Luft, ohne irgendwelche Resultate zu zeitigen.

Die allgemeine Linie, die zur Koordinierung der revolutionären Gewerkschaftsarbeit in der Tschechoslowakei sowohl früher von der Exekutive der Komintern aufgezeigt als auch jetzt vom 4. Parteitag der KPTsch angenommen worden ist, ist zweifelsohne im allgemeinen richtig gewesen, aber nicht genug eindeutig und konkret formuliert worden, um eine einheitliche praktische **Durchführung** — vor allem durch die Leitung der roten Gewerkschaften — sicher zu stellen. Durch die Behandlung dieser Frage auf dem 4. Parteitag wurde aller Wahrscheinlichkeit nach noch nicht eine entscheidende Lösung, aber sicher eine bedeutende Klärung erreicht und dadurch die endgültige befriedigende Erledigung, die sich nicht mehr lange verschieben läßt, vorbereitet und erleichtert.

Das Referat des Genossen **Zapotocky** über diese Frage war auf Grund von solidem Material sorgfältig ausgearbeitet. Er hat die richtige Linie klar abgegrenzt sowohl gegenüber allen sich gegen die roten Gewerkschaften richtenden Liquidierungstendenzen, wie auch gegenüber der Abweichung

des Genossen Hais u. a. führender Funktionäre der roten Gewerkschaften, die in der Praxis einseitig dahin wirken, alle halbrevolutionären, mit der Taktik der reformistischen Führer unzufriedenen Arbeiter, einfach, ohne Rücksicht auf weitere Möglichkeit der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit, im roten Verband zu vereinigen. Er hat auch stark die Notwendigkeit der gesteigerten aktiven Fraktionsarbeit, vor allem in den reformistischen, aber gleichzeitig auch in den roten Gewerkschaften unterstrichen (26 Prozent der organisationsfähigen Parteimitglieder sind noch immer nicht gewerkschaftlich organisiert).

Genosse Hais versicherte, daß er mit der Resolution des Parteitags zu 90 Prozent einverstanden sei; er wandte sich aber gegen jede Kritik an der Leitung der roten Gewerkschaften. Die übrigen Diskussionsredner kritisierten fast ausnahmslos die Taktik des Genossen Hais.

Von den Verhandlungen des Parteitags sind noch zu erwähnen die mit großer Begeisterung aufgenommenen feierlichen Begrüßungen der chinesischen revolutionären Armee und der Schanghai Arbeiter, des Proletariats der Sowjetunion und der KPSU. Auch der Vertreter der Exekutive der Komintern, Genosse Hellwig, betonte in seiner Rede besonders die internationale Bedeutung sowohl der chinesischen Revolution wie auch der sozialistischen Aufbauarbeit in der Sowjetunion.

Wie alle Resolutionen auf dem Parteitag einstimmig angenommen wurden, so erfolgte auch die Wahl des neuen ZK ganz einstimmig. Von den bekanntesten Mitgliedern des früheren ZK wurde nur Genosse Neurath nicht wieder vorgeschlagen. Er war bereits im Oktober 1926 durch den Beschluß des ZK wegen seiner Fraktionstätigkeit für die russische Opposition, seiner Funktion als Mitglied des Politbüros und des Sekretariats enthoben worden. Die von ihm und zwei anderen Genossen versuchte Fraktionsmacherei war ganz isoliert, ohne jeden Anklang in den Massen der Partei, geblieben. Ebenso isoliert war im Herbst 1926 der Versuch einiger abseits stehenden rechten Genossen geblieben, in der Presse eine Diskussion zugunsten der russischen Opposition einzuleiten.

Durch den 4. Parteitag kam die starke innere Konsolidierung der Partei sehr anschaulich zum Ausdruck. Diese Konsolidierung bedeutet natürlich nicht, daß im Laufe der Entwicklung der weiteren Bolschewisierung dieser Partei die Entstehung jeder Differenzierung und jeder Abweichung ausgeschlossen ist. Nein, der Parteitag selbst hat eine Warnung vor den Gefahren sowohl der rechten wie auch der ultralinken Tendenzen ausgesprochen. Aber die Möglichkeit der Entwicklung solcher Abweichung ist etwas anderes als eine unmittelbare größere Gefahr. Eine solche Gefahr besteht in der KP Tsch jetzt nicht.

Als die konkrete Hauptaufgabe der KP Tsch wurde vom Vertreter des EKKI die Aufgabe formuliert: in der nächsten Zeit auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung des Landes die führende Stellung zu erobern. Für die KP Tsch ist das keine unmögliche, sondern bereits eine durchaus reale, konkrete Aufgabe. Bei der Durchführung dieser Aufgabe hängt in der nächsten Zukunft viel von einer richtigen Lösung und Regelung der Gewerkschaftsfrage ab.

J. T. MURPHY:

DIE SOGENANNTEN „GESETZGEBUNG“ DER ENGLISCHEN KONSERVATIVEN

Das lang erwartete Gewerkschaftsgesetz ist jetzt da. Es folgte schnell dem Bericht von Blanesburgh mit seinen Angriffen auf die Arbeitslosen und der geplanten Gesetzgebung zur Verstümmelung der Armenbehörden, die die Verwaltung der Armenunterstützung den konservativen Grafschaftsräten übertragen sollte. Das Gewerkschaftsgesetz vollendet den Frontangriff auf die Arbeiterklasse. Der Augenblick war sehr günstig gewählt. Nachdem die Regierung die Gewerkschaften durch das vollkommene Versagen der Führer während des Generalstreiks erfolgreich verstümmelt hatte, erkannte sie, daß der Weg frei ist, um die Erfolge ihrer Klasse durch eine entsprechende Gesetzgebung zu sichern, die nur mit großen Schwierigkeiten abgeschafft werden könnte. Sie hatte die Labour-Opposition im Parlament bereits zu einer Scheinopposition gemacht, vertagte aber die Verwirklichung ihrer Absichten in bezug auf die Gesetzgebung, bis sie die Führer der Arbeiterpartei für ihre auswärtige Politik gewonnen hatte.

Nach der Regierungserklärung über die China-Politik im Dezember 1926 wurde diese von den Führern der Arbeiterpartei mit sehr wenig Vorbehalten aufgenommen. Diese Vorbehalte hatten ausschließlich einen pazifistischen und sentimental Charakter und waren eine Art Rauchwolke, die die wahren Absichten der Regierung verdunkeln halfen. Als die Regierung ihre Note gegen Sowjetrußland abfaßte, stieß sie bei den Führern der Labour-Partei auf eine sehr geringe Opposition. In der Tat äußerten die Führer, daß die Note „früher abgesandt werden mußte und schärfer abgefaßt sein sollte“, und dies zu einem Zeitpunkt, wo die Regierungspartei in den Spalten der bürgerlichen Presse eine verbissene Attacke gegen Sowjetrußland entwickelte. Während die Regierung eine starke Opposition in den Massen beobachtete, war sie überzeugt, daß die Führerschaft der Gewerkschaften und die Labour-Partei im Apparat dieser Organisationen eine genügende Macht besaßen, um dem Druck der Massen innerhalb der Organisation Widerstand zu leisten. Im Verlauf der Monate, seit Beendigung des Kampfes der Bergarbeiter war die Regierung Zeuge der Entwicklung des Angriffes auf die revolutionären Elemente innerhalb der Arbeiterbewegung: Verschärfte Anwendung der Liverpooler Beschlüsse gegen die Kommunisten; die Spaltung der Labour-Partei selbst durch den Ausschluß von Ortsgruppen, die sich geweigert hatten, diese Beschlüsse durchzuführen; die Bestätigung des Verrats des Generalrats der Gewerkschaften an den Bergarbeitern durch die besondere Konferenz der gewerkschaftlichen Exekutivkomitees; die Bestätigung der Ausschlußpolitik gegenüber der Minderheitsbewegung durch den Generalrat selber; die Tatsache, daß trotz der starken Opposition der Massen in der Arbeiterbewegung gegen die Politik der Führer in bezug auf die Intervention in China kein einziges Schiff aufgehalten worden ist, keine einzige Munitionsfabrik gestreikt hat. Unter diesen Umständen hatte man

allen Grund, zu glauben, daß die Einleitung einer Gesetzgebung an diesem Wendepunkte die Rolle eines Ablenkungsmanövers spielen würde, das die Aufmerksamkeit von der imperialistischen Politik in bezug auf die chinesische Revolution ablenkt und die Arbeiterbewegung mit ihren „häuslichen Angelegenheiten“ beschäftigt hält.

Aber die Regierung hatte sich vorher schon verrechnet. Sie unterschätzte die Arbeiterklasse nach dem Generalstreik. Es ist keine zu gewagte Hoffnung, und wir sind davon überzeugt, daß die Regierung sie bei dieser Gelegenheit tatsächlich unterschätzt hat. Ihre Grausamkeit und Unverschämtheit der Arbeiterklasse gegenüber konnte nur die Wut und den Haß der Arbeiter erregen. Sie ist so weit gegangen in ihren Vorschlägen, daß sogar die liberale Oeffentlichkeit diese als die aufreizendste Klassengesetzgebung denunzierte, die seit vielen Generationen in Vorschlag gebracht worden wäre. In ihrem Bestreben, einen neuen Generalstreik unmöglich zu machen, hielt die Regierung es für nötig, den Versuch zu unternehmen, allen Massenaaktionen eine Schranke zu setzen und die Gewerkschaftsbewegung in die Lage zurückzudrängen, in der sie sich in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts befand. Absatz I des neuen Gewerkschaftsgesetzes verbietet Streiks, „deren Gegenstand außerhalb einer Gewerbestreitigkeit in Gewerbe oder Industrie, in der der Streik vor sich geht, liegt, falls sie dazu bestimmt oder darauf berechnet sind, der Regierung in die Quere zu kommen, die Gesellschaft oder irgendwelche ihrer wesentlichen Teile zu gefährden“.

Die Agitation für solche Streiks kann mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft werden. Kein Geld darf ausgegeben werden zur Förderung oder Unterstützung solcher Streiks. In ihrem Bemühen, die Begriffe Industrie und Gewerbe zu definieren, befindet sich die Regierung in einer hoffnungslosen Verwirrung. Sie hat gefunden, was sogar die Labour-Leute finden würden, daß es unmöglich ist, diese Begriffe streng zu umgrenzen, ohne jede Streikaktion schlechthin abzulehnen. Die Regierung hat versucht, solche Definitionen zu geben, aber sie hat sich derart verrannt, daß nach ihren augenblicklichen Vorschlägen die Richter jeden Streik als über seine Grenzen hinausgehend erkennen und verbieten könnten. Sie hat erkannt, daß es keine Grenzen gibt zwischen den Interessen des einen und des anderen Arbeiters; daß aus diesem Grunde jeder Streik in sich die Keime eines Generalstreiks trägt. Verängstigt durch die Perspektiven eines Generalstreiks, greift sie sehr logischerweise jeden Streik an. Dies ist die logische Position aller derer, die den Generalstreik in Mißkredit zu bringen suchen, und es muß bereits festgestellt werden, daß die Führer der Labour-Opposition genügend Material zur Denunzierung des Generalstreiks gesammelt haben, um die Konservativen mit Schlagworten für diese Debatte zu versehen. Mögen sich die Labour-Führer merken, daß sie Gefahr laufen, sich lächerlich zu machen, wenn sie versuchen werden, die Begriffe Industrie und Gewerbe streng zu umgrenzen; eine Aufgabe, an der die Konservativen bereits gescheitert sind. Absatz II des Gesetzentwurfs verbietet den Gewerkschaften, Disziplinarmaßnahmen gegen Mitglieder zu ergreifen, die Streikbrecherarbeiten während solcher Streiks verrichten, die von den Gerichten als „illegale Streiks“ bezeichnet worden sind. Er besagt:

„Kein Ausschluß, keine Strafe oder Entziehung von Anrecht auf Unterstützung darf gegen jemand verhängt werden, der sich weigert, an einem illegalen Streik teilzunehmen.“

Wenn er auf eine solche Weise bestraft worden ist, so können die Gerichte die Gewerkschaften zum Schadenersatz verurteilen. Dies ist gleichbedeutend mit der gesetzlichen Protektion des Streikbrechertums.

Absatz III verbietet jede Art von Streikpostenstehen; er besagt:

„Es ist ungesetzlich für eine oder mehrere Personen, sich in der Nähe eines Hauses oder Platzes aufzuhalten, wo die Person arbeitet, wohnt oder sich zufällig befindet, zwecks Einholung oder Vermittlung von Informationen oder zur Beeinflussung irgendjemandes, die Arbeit zu verlassen, wenn diese Personen in solcher Zahl versammelt sind oder aus irgend einem anderen Grunde angenommen werden kann, daß sie jemanden einzuschüchtern beabsichtigen.“

Der Gesetzentwurf bezeichnet die „Absicht, einzuschüchtern“, als „Drohung“, und zwar nicht nur als Drohung im Sinne von Körperverletzung, sondern auch von Boykott, oder als eine Drohung, jemand dem Haß, der Verachtung oder der Lächerlichkeit auszusetzen. Es muß festgestellt werden, daß die Unternehmer völlige Freiheit haben, die Arbeiter zu verspotten, die Arbeiter zu boykottieren, sich gegen sie zu verbünden, sie zu entlassen und sie den Gerichten zu übergeben. Nach diesem Gesetzentwurf sind sie vollkommen immun gegen jede Verfolgung, sie mögen sich im großen oder kleinen Maßstabe verbünden, sie mögen die Arbeiter zu Hunderten, Tausenden, Zehntausenden aussperren, die Märkte sperren, sie mögen gegen die Arbeiter auch jede andere Art der Klassenaktion unternehmen — sie sind immun.

Absatz IV ändert die Art der Erhebung der politischen Beiträge. Während man früher eine schriftliche Erklärung abzugeben hatte, wenn man keinen Beitrag zahlen wollte, trotzdem der korporative Beitritt durch Abstimmung beschlossen worden ist, muß jetzt jeder einzelne nach dem Gesetz ein besonderes Formular unterschreiben, daß er bereit sei, den Beitrag zu zahlen. Dieser Absatz hat zum Ziel, die Arbeiterpartei finanziell zu untergraben. Die Regierung weiß sehr gut, daß die Arbeiterpartei wirtschaftlich vor allen Dingen auf die Gewerkschaften angewiesen ist, und deswegen erscheint der Vorschlag, den Gewerkschaften die politische Betätigung zu verbieten, als ein Versuch, jede Massenaktion zu knebeln. Die Folge dieses Gesetzes würde die Umwandlung der Labour-Partei aus einer Partei von angeschlossenen Massenorganisationen in eine Partei sein, die von der Unterstützung der einzelnen Mitglieder abhängig ist, welche ihre Politik gutheißen.

Absatz V verbietet den Staatsbeamten, Mitglied solcher Gewerkschaften zu sein, die auch andere Arbeiter unter ihren Mitgliedern haben, und trennt die Postbeamten, Staatsbeamten usw. von dem Generalrat der Gewerkschaften und der Labour-Partei. Mit einem Schlage will er viele Tausende von Arbeitern von dem Generalrat und der Labour-Partei trennen und sie unter die militärische Disziplin des Staates bringen, was bedeuten würde, daß die höheren Beamten an der Politik teilnehmen dürften, daß aber die unteren Beamten in dieselben Verhältnisse wie die Soldaten der Armee kommen würden.

Wir haben also in dieser Gesetzgebung gegen die Arbeiterklasse in England einen der ernstesten Angriffe, die je auf die Arbeiterbewegung unternommen worden sind. Und die Bewegung hat schon Schwierigkeiten mit der Mobilisierung der Opposition. Der Blainborough-Bericht war z. B. von Bondfield und Hodges von der Labour-Partei unterzeichnet, und die Gesetzgebung in bezug auf das Armengesetz stieß auf eine sehr schwache Opposition. Bei

diesen Maßnahmen waren die Arbeiterpartei und der Generalrat einzigartig inaktiv, ja, noch schlimmer: während die Offensive gegen die Arbeitslosen in vollem Gange war, löste der Generalrat das Gemeinschaftskomitee des Generalrats und des Nationalen Arbeitslosenkommitees auf. Welche Kritik auch in den verschiedenen Phasen der Gesetzgebung laut geworden war, sie hatte nur liberale Argumente, es war nicht die Antwort einer Klasse auf den Angriff einer anderen Klasse.

Der Gewerkschaftsgesetzentwurf indessen hat hinsichtlich der Aktivität einen bedeutend tieferen Eindruck gemacht. Schon ist eine außerordentliche Konferenz der Exekutivkomitees der Gewerkschaften zum 29. April einberufen worden, es ist beabsichtigt, eine riesige Agitationskampagne gegen den Gesetzentwurf zu entfalten. Aber es ist notwendig, festzustellen, daß der Klassenangriff der Regierung keine Klassenantwort seitens der Labour-Führer hervorgerufen hat. Citrine z. B., der Sekretär des Gewerkschaftskongresses, bedauert die Tatsache, daß die Gewerkschaften ihren „rechtmäßigen Platz im politischen Körper“ nicht gefunden haben. Und er zitiert daraufhin, gleichwie um zu zeigen, daß die Rolle der Gewerkschaften in der kapitalistischen Gesellschaft die eines artigen Knaben sei, den Ausspruch Lord Balfours aus dem Jahre 1906. In der Aprilnummer des „Labour-Magazins“ führt er folgendes Zitat an:

„Das allgemeine Ergebnis der Gewerkschaftsorganisation ist wohlthuend gewesen, da sie den Terrorismus stark gemindert hat. Ich glaube, daß in früheren Jahren die Arbeitsstreitigkeiten viel mehr von dieser bedauerlichen Erscheinung des individuellen Terrors gezeitigt haben als jetzt, wo die Kämpfe von organisierten Gewerkschaften und von fähigen und verantwortlichen Leuten geführt werden (z. B. solchen wie Citrine).

Bevin bezeichnet den Entwurf als dem englischen Sinn für Gleichberechtigung und „fair play“ entgegengesetzt und „unseren Bemühungen, den Unternehmern auf gleichem Boden zu begegnen“ widersprechend. Macdonald, vor seiner Reise nach Amerika, wo er sich um die bis jetzt übersehene Notwendigkeit kümmert, sich ein „Einkommen zu sichern“, erklärt: „das Ergebnis (des Entwurfes) wäre die Verkümmern aller Gefühle der Gleichberechtigung, des Wohlwollens und der Gemeinschaft, die erhalten bleiben müssen, falls die Demokratie glatt und sinngemäß funktionieren soll. Und ich hoffe, daß weder Freund noch Feind die Bedeutung des Konfliktes mißverstehen werden.“

Die ILP (Unabhängige Arbeiter-Partei) veröffentlicht einen „Aufruf zu den Waffen (man muß laut lachen, wenn man sich die ILP in Waffen vorstellt!). Sie sagt:

„Die Konservativen haben uns den Handschuh zugeworfen, alle schwer erkämpften Rechte der Arbeiter sind in Gefahr. Wenn der Kapitalismus seinen Willen durchsetzen sollte, so würden die Arbeiter ihres Rechts, zu streiken, beraubt, ihre Geldmittel würden geplündert sein und sie würden um ihren bevorstehenden politischen Triumph gebracht werden. . . Die Arbeiter nehmen den Kampf auf. Wir bestehen auf dem unantastbaren Recht aller Arbeiter, die Arbeit zu verweigern, wenn die Umstände es verlangen. Wir verteidigen den Anspruch der Arbeiter auf die selbständige Verwaltung ihrer Mittel, auf das Recht, sie so auszugeben, wie es ihnen gefällt. Das ist kein Kinderspiel. Es kommt gar nicht in Frage, aus einem schlechten Gesetz ein gutes zu machen. . . . Streitigkeiten müssen verschwinden. Die Arbeiter müssen ganz einig sein, entschlossen, dieser unbilligen Maßnahme eine Niederlage zu bereiten, entschlossen, diese gehaßte Regierung zu Fall zu bringen.“

Ich bin überzeugt, daß diese stolzen Worte gar nichts bedeuten. Es ist zweifelhaft, sehr, sehr zweifelhaft, ob die ILP unter der Beseitigung der Uneinheitlichkeit den Schluß mit der Kampagne für den Ausschluß der Kom-

munisten aus der Labour Party versteht, und ob sie darunter die Einwilligung in eine Einheitsfront mit den Kommunisten versteht, um „diese gehäßte Regierung zu Fall zu bringen“. Wenn nicht — so ist das Gerede von der Einheit der Arbeiterklasse nichts als leeres Geschwätz. Sogar bei den Fragen des Krieges, der chinesischen Revolution hat sie sich geweigert, sich mit den Kommunisten zu verbünden, die eine Aktion zur Verhinderung der Truppentransporte nach China forderten, trotzdem sie sich mit ihrer Opposition dem Kriege gegenüber brüstet. Wie sehr sie auch diese Regierung, wie sehr sie auch diesen Krieg haßt, so haßt sie die Kommunisten doch noch mehr. Wir zweifeln die Aufrichtigkeit dieser Erklärungen an. Wenn sie auch nur im mindesten aufrichtig wäre in ihrer Forderung nach Geschlossenheit, so würde sie darauf bestehen, daß ihre Mitglieder im Generalrat des Gewerkschaftskongresses und die Gewerkschaftsbürokratie im allgemeinen die Angriffe auf die Minderheitsbewegung unterlassen. Wenn ihr kriegerisches Manifest irgend etwas bedeuten sollte, dann würde die ILP sofort und entschieden ihren Posten in der Front des Klassenkampfes einnehmen. Aber sie wird das nicht tun. Sie wird viele klassenkämpferische Phrasen ertönen lassen, aber konkret wird sie angesichts des letzten Angriffes nichts als Liberalismus bieten. Das war ihr Schicksal im Generalstreik. Das war ihr Schicksal in den sieben Monaten des Kampfes der Bergarbeiter. Dies ist ihr Schicksal sogar bei der Frage des Krieges und der imperialistischen Intervention gegen die chinesische Revolution.

Was das für den Fortgang des Kampfes bedeutet, ist bereits jetzt klar. Die ILP ist der Führer der Labour Party, und es darf nicht vergessen werden, daß die Regierung noch nicht alles gesagt hat, was sie in bezug auf das Gesetz zu sagen hat. Deswegen können wir mit Sicherheit behaupten, daß, solange die ILP, die Führer der Arbeiterpartei und die Gewerkschaftsbürokratie an die Fragen, die durch diesen Gesetzentwurf erhoben werden, vom liberalen Standpunkte herantreten und die Gewerkschaften zu einem konstitutionellen Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft statt zu einem Instrument des Kampfes gegen die kapitalistische Gesellschaft und zur Ueberwindung dieser Gesellschaft zu machen suchen, wird es dem Sprecher der Regierung gelingen, ihre Argumente zu widerlegen. Jeder Versuch, das Recht zu streiken zu verteidigen, unter Ausschluß des Sympathie- und Generalstreiks, verstrickt die Arbeiterpartei in dasselbe Dilemma wie die Konservativen. In diesem Zusammenhange dürfen wir nicht vergessen, daß die Führer der Labour Party, einschließlich der führenden Mitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei, Streiks denunziert haben. Macdonald, Snowden, Clynes, Thomas, Henderson — jeder von ihnen hat in öffentlichen Feststellungen und schriftlichen Ausführungen so oft den Generalstreik und den Streik im allgemeinen denunziert, daß man ihre eigenen Argumente unvermeidlich gebrauchen wird, um den Gesetzentwurf der Regierung zu begründen. Wenn dieser Angriff kommt, wird die Regierung die Verteidiger des Streiks als Helfershelfer der Kommunisten bezeichnen und erklären, daß ihr Ziel ein Damm gegen die Verbreitung des Kommunismus, die Aufrechterhaltung der Konstitution usw. sei. In ihrem Bestreben, die Konstitution zu verteidigen, werden die Führer der Arbeiterpartei die Kommunisten ebenfalls angreifen: in dem Bestreben, zu beweisen, daß sie keine Kommunisten sind, werden sie die Regierung am Zipfel fassen, und die Arbeiter werden die

Schlacht verloren haben, denn die Interessen der Arbeiter und der Kommunisten sind unzertrennlich.

Die große Gefahr, die der englischen Arbeiterbewegung droht, besteht nicht nur darin, daß die Erregung über den Gesetzentwurf als eine Ablenkung von den Kriegsplänen der Regierung ausgenutzt werden kann, sondern darin, daß der Kampf, statt eines wirklichen Kampfes, einer wirklichen Opposition gegen den Klassenangriff der Regierung, nur ein Scheinkampf wird. Es wird kein wahrer Kampf sein, wenn er nicht alle Kräfte darauf konzentriert, die Regierung zu stürzen, wenn er die Kampagne gegen die Gewerkschaftsgesetzgebung nicht mit dem Kampf gegen den imperialistischen Krieg in China verbindet. Wenn sich eine außerordentliche Gewerkschaftskonferenz nur mit der Propaganda gegen diesen Gesetzentwurf beschäftigt und die Gelegenheit nicht wahrnimmt, eine Aktion zur Verteidigung der chinesischen Revolution zu unternehmen, so ist es notwendig, ganz klar auszusprechen, daß die reformistische Führung der englischen Arbeiterpartei die Interessen der Arbeiterklasse wieder einmal verrät. Wenn der Gewerkschaftskongreß und die Arbeiterpartei und die ILP angesichts dieses Angriffes der Regierung ihre Zersplitterungstaktik der Kommunistischen Partei und der Minderheitsbewegung gegenüber nicht fallen lassen, dann ist all ihr Gerede von der Einheit der Arbeiterklasse nichts als Geschwätz. Wenn es die ILP und die Labour Party mit der Einheitsaktion ernst meinen, so sollen sie ihre Mitglieder beauftragen, die Ausschlußpolitik den Kommunisten gegenüber aufzugeben. Wenn der Generalrat etwas Reales mit seinem Aufruf zur Einheit und zum Zusammenschluß der Reihen angesichts des gemeinsamen Feindes meint, so soll er seine Ausschlußpolitik der Minderheitsbewegung gegenüber fallen lassen.

Die Kommunistische Partei und die Minderheitsbewegung sind sich über ihre Politik dieser Gesetzgebung gegenüber klar. Sie haben diese Gesetzgebung im voraus geahnt, sie warnten die Arbeiter vor ihrem Kommen, sie suchten die Arbeiter für die Aktion gegen sie vorzubereiten; sie haben die grundsätzliche Zusammengehörigkeit dieses Angriffs auf die englischen Arbeiter mit dem Angriff auf die chinesische Revolution gezeigt. In allen ihren Veröffentlichungen, allen Versammlungen, allen Konferenzen haben sie versucht, diese Zusammenhänge klarzulegen. Sie haben die Arbeiter vor der Gefahr der Liberalisierung der Arbeiterpartei gewarnt. Sie haben die Arbeiter vor der liberalen Kritik der konservativen Politik in bezug auf China gewarnt. Sie versuchen jetzt, die Arbeiter zu mobilisieren auf der Grundlage des Klassenwiderstandes, und sie werden sich wieder als die eifrigsten Vertreter der Interessen der Arbeiter bewähren. Sie werden nicht nur um den Sturz der Regierung kämpfen, sondern auch zeigen, daß, solange keine Klassenregierung der Arbeiter sie ersetzt hat, die bereit ist, die endgültige Antwort auf die Klassenunterdrückung durch die Bourgeoisie zu geben, die Unterdrückung der Arbeiter durch die Bourgeoisie kein Ende haben wird und haben kann.

O. PJATNITZKI:

DIE ERRUNGENSCHAFTEN, DIE MÄNGEL UND DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DER ORGANISATIONS- ARBEIT DER KI-SEKTIONEN

1. Die Errungenschaften

Im Jahre 1926 haben alle KI-Sektionen die Struktur ihrer Organisationen den bolschewistischen Organisationsformen näher gebracht. Dadurch wurde es ermöglicht, festen Fuß in den Betrieben zu fassen.

In Deutschland sind in den meisten Industriegebieten und in den großen Städten (Berlin, Hamburg, Chemnitz, Leipzig, Halle usw.) die alten Wohnorganisationen liquidiert und die Parteimitglieder nunmehr in Betriebs- und Straßenzellen organisiert. Die Zellen beraten und entscheiden die vor der Partei stehenden Fragen, wählen Delegierte zu den Orts- und Bezirkskonferenzen und nehmen tätigen Anteil an den Ortsleitungen.

In anderen Industriebezirken ist die Reorganisation in vollem Gange.

Zur besseren Unterstützung der Zellen sind Stadtteil- und Zellengruppenleitungen geschaffen und der Apparat der Parteiorgane verbessert worden.

In der Tschechoslowakei ist es um die Reorganisation nicht schlechter bestellt. In vielen Großbetrieben sind Zellen gebildet worden, durch die die Partei starken Einfluß auf die Arbeitermassen ausübt; zur besseren Unterstützung der Zellen hat man Abteilungen und Kommissionen bei den Orts- und Stadtteileleitungen geschaffen.

In England gelang es der Kommunistischen Partei, dank der vortrefflichen Arbeit der Ortsorganisationen und zum Teil auch der Betriebszellen, während des Generalstreiks im Mai 1926 einen hervorragenden Platz in den Streikleitungen und den Gewerkschaftskartellen einzunehmen, in deren Händen die lokale Leitung des Streiks lag.

Die Erfahrung, die die Betriebszellen hinsichtlich der Betriebszeitungen gesammelt hatten, wurde in den Tagen des Generalstreiks verwertet, als die Arbeitermassen ohne Gewerkschafts- und politische Presse geblieben waren. Die Betriebszeitungen der kommunistischen Zellen wurden im Verlauf des Generalstreiks zu Organen der Gewerkschaften und der Streikleitungen.

Dank der richtigen Taktik und der vorzüglichen Arbeit der lokalen Parteiorganisationen gelang es der KP Englands, 6000 neue Mitglieder zu werben, hauptsächlich unter den Bergarbeitern während ihres heldenhaften Streiks. In ausschlaggebenden Bezirken wurden in den Bergwerken Zellen gebildet.

Schließlich zeigte das ZK der KP Englands während des Generalstreiks und des Bergarbeiterstreiks ein Beispiel für eine lebendige und elastische Führung: das ZK beließ im Zentrum eine kleine leitende Gruppe von Genossen, die anderen wurden in die Bezirke entsandt, wo jedes ZK-Mitglied unmittelbaren Anteil an der Leitung der Bewegung nahm. Die Arbeit der Ortsgruppen während des Generalstreiks und des Bergarbeiterstreiks wurde

durch eine im allgemeinen richtige Taktik der KP Englands stark gefördert.

In Amerika wurde die Workers Party aus einer föderativen Partei mit 19 nationalen Zentralkomitees zu einer zentralisierten Partei mit einem ZK, mit einheitlichen Bezirksleitungen und einheitlichen Zellen, denen alle Parteimitglieder angehören, unabhängig davon, zu welcher nationalen Gruppe sie gehören, d. h. welche Sprache sie sprechen.

Den Betriebszellen ist es gelungen, erfolgreiche Streiks durchzuführen und Einfluß in den Gewerkschaften zu gewinnen.

Erfolgreiche Organisierung von Betriebszellen wird auch in Südamerika vorgenommen (Argentinien, Brasilien, Uruguay usw.). Viele Zellen funktionieren bereits gut. Das ZK und die lokalen Parteiorganisationen haben sich konsolidiert, und die Organisationsarbeit schreitet in Südamerika erfolgreich fort.

Auch in den illegalen Parteien ist die Organisationsarbeit vorgeschritten.

In Polen ist die Kommunistische Partei zur Organisierung gleichartiger Grundorganisationen übergegangen — in allen Industriebezirken Polens sind Betriebs- und Straßenzellen geschaffen worden und funktionieren bereits. Nur durch die Arbeit der Betriebszellen und der Gewerkschaftsfraktionen ist es zu erklären, daß trotz des schrecklichsten Terrors gegen unsere Partei sogar in Kongreßpolen der größere Teil der polnischen Arbeiter der KP folgt. Dabei hat diese keine legale Presse, während die PPS über eine solche verfügt und von allen Regierungsorganen begünstigt wird.

Bei den Warschauer Krankenkassenwahlen am 7. November 1926 vereinigte die „revolutionäre Opposition“ 12 554 Stimmen auf sich, während die PPS und der „Bund“ 11 121 Stimmen erhielten. Bei den Kommunalwahlen in Pruschkow (ein Vorort Warschaus) erhielten die „Linken“ 2884 Stimmen und 11 Mandate von den 24 Mandaten, die PPS dagegen 754 Stimmen und 4 Mandate.

Was Italien betrifft, so sahen sich nach dem neulichen „Attentat“ auf Mussolini die Führer und die Zentralen aller antifaschistischen Parteien, außer natürlich der KP Italiens, infolge des faschistischen Feldzuges gegen diese Parteien gezwungen, ins Ausland zu gehen. Ihre lokalen Organisationen fielen auseinander.

Ganz anders lagen die Dinge in der KP Italiens. Dank dem Umstand, daß die Kommunistische Partei auf der Grundlage der Betriebszellen reorganisiert worden war, blieb das Fundament der Partei unversehrt, trotzdem der faschistische Terror hauptsächlich gegen unsere Partei gerichtet war. Natürlich ging die Mitgliederzahl zurück, in der Partei blieben hauptsächlich aktive Elemente, jedoch leben die Parteiorganisationen weiter; an Stelle der verhafteten Sekretäre und Leitungen treten sofort neue, an Stelle der verbotenen Parteipresse erscheinen illegale Presseorgane. Es gibt in Italien keine Macht, durch die die KP Italiens vernichtet werden könnte, da sie in den Arbeitermassen in den Betrieben wurzelt.

Bis zum Siege des Faschismus war die Kommunistische Partei Italiens als Wohnorganisation aufgebaut und zählte etwa 50 000 Mitglieder. Nach dem Siege der Faschisten verlor die Kommunistische Partei, trotzdem der Terror schwächer war als heute, sechs Achtel ihrer Mitglieder, und war sehr lange außerstande, einen Kampf gegen die Faschisten zu führen.

Das erklärt sich natürlich nicht durch die verfehlte Organisationsform der Partei allein, sondern auch durch die politischen Mißgriffe. Aber sogar bei einer fehlerlosen Politik der Partei wäre ihre Organisationsform für die Führung des Kampfes hinderlich gewesen.

Heute ist das Bild ganz anders: sowohl die Politik als auch die Organisationsform der Partei sind einwandfrei, und ungeachtet der Verhaftung der Parlamentsfraktion und vieler aktiver Genossen in ganz Italien steht die Partei fest da.

Nicht nur die Wohnorganisation stirbt ab und wird durch die Zellenorganisation abgelöst, auch ein solches sozialdemokratisches Ueberbleibsel wie die Körperschaft ständiger (von den Parteileitungen auf ein Jahr eingesetzter) Funktionäre ist überlebt.

In Deutschland, in der Tschechoslowakei und in Oesterreich, wo der Funktionärkörper die Parteiangelegenheiten entschied, ohne von den Parteimitgliedern dazu bevollmächtigt zu sein, funktionieren bereits Stadt- und Bezirksdelegiertenkonferenzen, die von den Betriebs- und Straßenzellen beschickt werden.

Auf der ersten Organisationsberatung der KI waren die französischen Delegierten und die Vertreter des EK der Kommunistischen Jugendinternationale gegen die Organisierung von Straßenzellen. Lange Zeit hindurch gingen sie nicht an ihre Organisierung. Jetzt sind die Kommunistischen Parteien in allen Ländern zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Straßenzellen unentbehrlich sind. In fast allen Ländern funktionieren sie bereits. (Von den Mängeln dieser Zellen wird weiter unten die Rede sein.)

Bis zur ersten internationalen Organisationsberatung waren die Kommunisten nur in einigen Ländern in Gewerkschaftsfraktionen zusammengeschlossen, und zwar nur im lokalen Maßstabe.

Jetzt gibt es Fraktionen in den Gewerkschaften und in anderen Arbeiter- und Bauernorganisationen der meisten Länder, die Frage besteht jetzt nicht mehr darin, daß sie organisiert werden sollen, sondern darin, wie die bestehenden Fraktionen zu arbeiten haben. Auch auf diesem Gebiete sind bereits Erfolge zu verzeichnen.

2. Der ideologische Einfluß der KI-Sektionen auf die Arbeiterklasse und die organisatorische Verankerung dieses Einflusses

Um das Mißverhältnis zwischen dem ideologischen Einfluß der Kommunistischen Partei und seiner organisatorischen Verankerung zu zeigen, will ich statistische Angaben über den zahlenmäßigen Bestand einiger großen KI-Sektionen anführen sowie über die Auflage ihrer Presse, ihren Einfluß auf die Gewerkschaften und die Zahl der Stimmen, die sie bei den Wahlen zu den parlamentarischen Körperschaften auf sich vereinigt haben.

Die Kommunistische Partei Deutschlands zählte im Oktober 1926 133 849 zahlende Mitglieder (die wirkliche Zahl muß man um 20 bis 25 Prozent höher annehmen). Die Auflage der 37 Tageszeitungen betrug zur selben Zeit 282 702 Exemplare. Auf 1 Parteimitglied entfallen also 2,11 Abonnenten der Parteipresse; zieht man alle eingetragenen Mit-

glieder und nicht nur die abgerechneten in Betracht, so ist dieser Prozentsatz noch niedriger.

Bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 erhielt die KPD 2 708 354 Stimmen (23,5 Wähler auf 1 Parteimitglied).

In bezug auf die Gewerkschaften seien folgende Daten angeführt: von den 1067 Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit 3 559 952 Mitglieder verfügte die KPD 1926 nur in 70 Ortsausschüssen mit 74 025 Mitgliedern über die Mehrheit. Kein Verband als Ganzes hat eine kommunistische Mehrheit. Von den 600 Verwaltungsstellen des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind nur 35 in den Händen der KPD. Dabei bekam die Partei im Jahre 1926 bei den Wahlen zum Verbandstag der Metallarbeiter 33 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Von den 300 Verwaltungsstellen des Bergarbeiterverbandes verfügt die KPD nur in 43 über die Mehrheit. Bei den Wahlen zum Verbandstag der Bergarbeiter im Jahre 1926 stimmten 40 Prozent aller Teilnehmer für die KPD.

Welche Schlüsse lassen sich aus den angeführten Zahlen ziehen?

Im Vergleich mit den bei den Reichstagswahlen erhaltenen Stimmen, die von der Sympathie breiter Massen für die KPD zeugen, ist ihr Mitgliederbestand unverhältnismäßig klein, ihre Tagespresse wird wenig gelesen, die Auflage ist gering, und auch der Einfluß der Partei in den Gewerkschaften entspricht bei weitem nicht ihrem allgemeinen ideologischen Einfluß und könnte viel größer sein.

Die Kommunistische Partei Frankreichs zählte im Oktober 1926 60 000 Mitglieder. Ihre zwei Tageszeitungen hatten eine durchschnittliche Auflage von 240 000 (ständige Abonnenten bilden in Frankreich einen geringen Prozentsatz, die Zeitungen aller Richtungen werden im Einzelverkauf vertrieben.)

Bei den letzten Parlamentswahlen 1924 wurden für die KPF 940 000 Stimmen abgegeben.

In der CGTU (die rote, der Profintern angeschlossene Gewerkschaftsvereinigung), die unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei steht, sind 450 000 Mitglieder organisiert, was 40—50 Prozent aller organisierten Arbeiter und Angestellten ausmacht. (In Frankreich ist der Prozentsatz der organisierten Arbeiter und Angestellten sehr gering. Von den 11 000 000 Arbeitern und Angestellten sind kaum 1 Million gewerkschaftlich organisiert).

Auf die reformistischen Gewerkschaften übt die KPF fast keinen Einfluß aus.

Es entfallen also auf 1 Parteimitglied 4 Käufer der Parteipresse, 7,83 Mitglieder der roten Gewerkschaften und 15,67 Wähler bei den Parlamentswahlen.

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei zählte 1925 125 000 Mitglieder, 8 Tageszeitungen (das Zentralorgan „Rude Pravo“ erscheint zweimal täglich) und 15 Zeitungen, die zum Teil zweimal, zum Teil dreimal in der Woche erscheinen. Alle diese Zeitungen haben zusammen eine Auflage von 149 500*.

* Diese Ziffer ist nicht ganz genau, denn in ihr sind die Wochenbeilagen des zweimal täglich erscheinenden Zentralorgans mit einbegriffen. Die Abendausgabe des „Rude Pravo“ wird nicht von allen gelesen, die die Morgenausgabe beziehen.

In den roten Gewerkschaften sind 201 035 Mitglieder organisiert (November 1926), was nur 12 Prozent aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten ausmacht. Berücksichtigt man den Einfluß der KP der Tschechoslowakei in den reformistischen Gewerkschaften, so kann man sagen, daß sich der Einfluß der Partei auf 40 Prozent aller Mitglieder der Klassengewerkschaften erstreckt (in der Tschechoslowakei verfügen fast alle politischen Parteien über eigene Gewerkschaften).

Bei den Kommunalwahlen 1925 erhielt die KPTsch 933 711 Stimmen (die Partei zählte damals ungefähr 90 000 Mitglieder, auf 1 Parteimitglied entfielen also 10,3 Wähler).

Die Kommunistische Partei Belgiens zählte im Jahre 1926 853 Mitglieder, die Auflage ihres Zentralorgans betrug 6500. Die Partei hatte Einfluß in einigen Gewerkschaften.

Bei den Kommunalwahlen im November 1926 erhielt die KP Belgiens 70 000 Stimmen, was 81 Wähler auf 1 Parteimitglied ausmacht.

Die Kommunistische Partei Englands zählte im Oktober 1926 12 000 Mitglieder. Die Wochenschriften der Partei haben eine Auflage von 80 000. Das an Sonntagen erscheinende Organ der gewerkschaftlichen Minderheitsbewegung, die unter dem Einfluß der KP Englands steht, hat eine Auflage von 112 000.

Auf der Anfang 1927 stattgefundenen außerordentlichen Konferenz der Minderheitsbewegung waren Gewerkschaftsorganisationen mit 1 080 000 Mitgliedern vertreten. (Die KP Englands stellt bei Parlamentswahlen keine eigenen Kandidaten auf, sondern unterstützt die Arbeiterpartei. Von einigen Ortsorganisationen der Arbeiterpartei werden Kommunisten aufgestellt. Nur in einigen Wahlkreisen hat die Kommunistische Partei Englands selbständige Kandidaten.)

Die in bezug auf die KP Deutschlands gezogenen Schlußfolgerungen gelten auch für die kommunistischen Parteien Frankreichs, der Tschechoslowakei, Belgiens und Englands sowie auch für andere Parteien, über die ich hier keine Statistik anführe, da sie sich im Grunde von der bereits behandelten nicht unterscheidet.

Es fällt besonders das Mißverhältnis zwischen der Zahl der Parteimitglieder und der der Wähler in Belgien auf sowie das Mißverhältnis zwischen der Auflage der Parteipresse und dem Einfluß der Partei in den Gewerkschaften in England. Dieser Einfluß ist bei weitem noch nicht organisatorisch befestigt worden. Während des Bergarbeiterstreiks gelang es weder den Kommunisten noch dem Zentralkomitee der Minderheitsbewegung, einen Beschluß herbeizuführen, der den streikenden Bergarbeitern durch die Exekutivkomitees der Gewerkschaften materielle Hilfe geleistet hätte, da weder die Kommunisten noch die Minderheitsbewegung in einem Verband die Mehrheit hatten.

In der Tschechoslowakei ist zwar die Zahl der Parteimitglieder im stetigen Steigen begriffen, jedoch entspricht sie nicht dem Einfluß der Kommunistischen Partei auf die Werktätigen, wovon die Zahl der bei den Kommunalwahlen für die Partei abgegebenen Stimmen zeugt. Auch der Einfluß in den Gewerkschaften ist ungenügend, besonders in den nicht klassenmäßigen Verbänden. Sehr niedrig ist auch die Auflage der Parteipresse, sogar im Vergleich zu der Mitgliederzahl der Partei.

Noch schlechter liegen die Dinge in Frankreich. Die letzten Kampagnen haben gezeigt, daß die breiten Massen der KPF folgen. Die Zahl der Leser der Parteipresse übersteigt um das Vierfache die Zahl der Mitglieder der KPF.

Warum steigt die Zahl der Mitglieder der kommunistischen Parteien nicht? Warum hat die kommunistische Presse eine so verhältnismäßig kleine Auflage? Warum gewinnt eine solche Partei wie die KPD so langsam Einfluß auf die Gewerkschaften, wo doch die Führung des ADGB tagtäglich die Interessen des deutschen Proletariats verrät? Das sind Fragen, die zu klären sind. Eine richtige Politik der Kommunistischen Partei vorausgesetzt, ist es für jedermann klar, daß, je mehr Arbeitermitglieder die Partei hat, desto zahlreicher die Träger ihres Einflusses sind, desto größeren Einfluß die Kommunistische Partei in den proletarischen Massenorganisationen erringen kann, natürlich unter der Bedingung, daß die Parteimitglieder kein passiver Ballast bleiben. Wie kann die Kommunistische Partei Englands ihren ideologischen Einfluß in der Arbeiterpartei, in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften und in den vielen anderen Organisationen organisatorisch befestigen, wenn sie nur 12 000 Mitglieder hat (im April 1926 zählte die KPE 5500 bis 6000 Mitglieder)? Denn alle von mir aufgezählten Organisationen haben genau soviele Ortsgruppen, wie die KP Englands Mitglieder zählt. (In England kommt es nicht selten vor, daß in den Versammlungen der Ortsgruppen der Gewerkschaften, der Arbeiterpartei oder anderer Massenorganisationen der einzige anwesende Kommunist in der Diskussion das Wort ergreift und Anträge zu allen Punkten der Tagesordnung stellt.)

Belgien mag noch so klein sein — 850 Parteimitglieder genügen nicht, um 70 000 Wähler, die für die Partei stimmten, organisatorisch zu erfassen.

Sowohl die englische als auch die anderen kommunistischen Parteien haben das auch erkannt. Ja, sie haben sogar große Werbekampagnen für die Parteipresse und Mitgliederwerbung in England, Frankreich, Deutschland usw. durchgeführt. In einigen Ländern waren die Kampagnen nicht genügend erfolgreich und, was noch schlimmer ist, die gewonnenen Abonnenten konnten nicht als ständige Leser der Parteipresse und nicht alle neuen Mitglieder konnten der Partei erhalten bleiben. Wie bereits oben erwähnt, gewann die Kommunistische Partei Englands in der Zeit von April bis Oktober 1926 über 6000 neue Mitglieder und brachte die Auflage der Parteipresse auf 80 000. Betrachtet man nun die letzten Angaben über den Mitgliederstand, so sieht man, daß in der Zeit von August bis Dezember die Londoner Organisation 105 Mitglieder verloren hat, die Birminghamer — 77, die Sheffielder Organisation — 200 Mitglieder. (Ob die Auflage der Parteipresse in dieser Zeit gesunken ist, ist nicht festzustellen, da die entsprechende Statistik fehlt.) Trotzdem einige Organisationen in der gleichen Zeitspanne eine Zunahme der Mitgliederzahl zu verzeichnen hatten, die dadurch hervorgerufen wurde, daß die Partei die Führerin im Bergarbeiterstreik war, kann man diesen Rückgang nicht durch irgend einen Zufall erklären. Die gleiche Erscheinung zeigt auch ein anderer Fall. In dem Bezirk Tyneside, der fast ausschließlich von Arbeitern bewohnt wird, stehen von den 3600 Parteimitgliedern 1000 faktisch außerhalb der Parteiorganisation. Ursprünglich hatten weit über 3600 Mann die Aufnahme in die Partei beantragt, jedoch zogen sich viele nach dem Abflauen der ersten Welle (nach

dem Bergarbeiterstreik) zurück und konnten sich nicht entschließen, in der Partei zu bleiben.

In Frankreich wurde unlängst eine erfolgreiche Werbekampagne durchgeführt, in deren Verlauf über 5000 neue Mitglieder gewonnen wurden. Wie aus dem Bericht des Vertreters der Pariser Bezirksleitung an das Orgbüro der KPF zu ersehen ist, sind von den 1000 neuen Mitgliedern, die in den ersten Tagen der Kampagne ihren Beitritt zu der Pariser Organisation erklärten, ungefähr 200 Mann nicht erschienen, um ihren Beitritt zu vollziehen.

Die Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg hat seit dem 1. Januar 1924 bis zum 26. Oktober 1926 54 219 Parteibücher ausgestellt. Ende 1926 zählte aber die Organisation 17 219 Mitglieder. 37 000 Mitglieder waren also der Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg beigetreten, um sie nachher wieder zu verlassen. (1925 traten aus der Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg 4 689 Mitglieder aus, d. h. um 1095 oder 20,3 Prozent mehr, als in die Organisation aufgenommen wurden. In der ersten Hälfte des Jahres 1926 traten 4760 Mitglieder aus, d. h. 21,7 Prozent.)

Ich glaube nicht, daß diese Zahlen nur für die oben angeführten Organisationen charakteristisch sind. Im Gegenteil, diese Tendenzen können in gewissem Grade als eine allgemeine Erscheinung in allen legalen Sektionen der Komintern gelten.

Welche Gründe hemmen nun den Eintritt der revolutionären Arbeiter in die kommunistischen Parteien der einen Länder (Belgien, Schweiz, Norwegen usw.) bzw. verursachen die Fluktuation in den anderen?

In Norwegen, in Schweden und in Belgien gab es vor dem Kriege Arbeiterparteien (sozialdemokratisch), denen die Gewerkschaften (in Belgien sogar die Genossenschaften) kollektiv angeschlossen waren. Individuelle Mitgliedschaft spielte dort eine unbedeutende Rolle*.

Als nach dem Kriege die Arbeiterpartei Norwegens der Kommunistischen Internationale beitrug, traten die Sozialdemokraten aus der Arbeiterpartei aus. Nach der Spaltung der norwegischen Arbeiterpartei 1924 baute die KP Norwegens ihre Organisation auf individueller Mitgliedschaft auf. Von der schwedischen Sozialdemokratie spaltete sich nach dem Kriege der linke Flügel ab und wurde zur Kommunistischen Partei Schwedens. Die KP baute ihre Organisation auf individueller Mitgliedschaft auf, während die Sozialdemokratie Schwedens bei kollektiver Mitgliedschaft geblieben ist und auch die Gewerkschaften umfaßt.

Die aus der belgischen Arbeiterpartei ausgetretenen linken Elemente bildeten die KP Belgiens. Die Gewerkschaften, die Genossenschaften und

* Mit gewissem Vorbehalt kann man auch England zu jenen Ländern rechnen, wo die politische Arbeiterbewegung hauptsächlich auf kollektiver Mitgliedschaft beruht. Der britischen Arbeiterpartei gehören kollektiv alle Gewerkschaften und politischen Parteien an (die Unabhängige Arbeiterpartei mit ungefähr 23 000 individuellen Mitgliedern, die Fabian Society mit 3000 individuellen Mitgliedern und die Englische Sozialdemokratische Partei mit 1000 individuellen Mitgliedern). 27 000 Mitglieder der politischen Parteien (die KP Englands ist als Ganzes zu der Arbeiterpartei nicht zugelassen, aber die Mitglieder der Kommunistischen Partei gehören durch die Gewerkschaften, in denen sie organisiert sind, der Arbeiterpartei an) stehen einigen Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern gegenüber, die der Arbeiterpartei angehören.

Es fällt auf, wie gering die Mitgliederzahl aller politischen Parteien ist, die bereits vor dem Kriege existierten. Offensichtlich wurden sie durch die Kollektivmitgliedschaft der Labour-Party gehindert, ihren zahlenmäßigen Bestand zu vermehren.

andere Organisationen blieben in der Arbeiterpartei. (Die Mitglieder der KP Belgiens, die gewerkschaftlich organisiert sind, gehören durch ihre Gewerkschaften der belgischen Arbeiterpartei an, trotzdem sie politisch mit dieser Partei gebrochen haben.)

In diesen Ländern sind die Arbeiter daran gewöhnt, daß ihre Gewerkschaften (d. h. die zentralen Leitungen derselben) den politischen Parteien angehören und die Beiträge kollektiv abführen. In Belgien gab es in der letzten Zeit Fälle, wo Mitglieder der KP Belgiens aus den Gewerkschaften ausgeschlossen wurden, weil sie bei den Parlaments- und Kommunalwahlen für die KP Belgiens kandidierten. Der Ausschluß aus den Gewerkschaften bedeutet in Belgien nicht nur, daß man arbeitslos wird, sondern, daß man auch der Unterstützung seitens der Versicherungskassen verlustig geht, da die letzteren sich in den Händen der Gewerkschaften befinden. Die viele Jahre lange Gewohnheit, der politischen Partei durch die Gewerkschaften anzugehören — wodurch man von der individuellen Zahlung der Mitgliedsbeiträge befreit ist — und die Gefahr, aus den Gewerkschaften ausgeschlossen zu werden, hält die Arbeiter in Belgien davor zurück, in die Kommunistische Partei einzutreten. Hierin liegt zum Teil die Erklärung für den großen Unterschied zwischen der Zahl der Parteimitglieder (850) und der Zahl der für die KP Belgiens abgegebenen Stimmen (70 000). Ich sage: zum Teil, denn die für alle kommunistischen Parteien gleichen Gründe, die die Fluktuation des Mitgliederbestandes hervorrufen und sie daran hindern, den Leserkreis der Parteipresse zu erweitern, gelten natürlich auch für Norwegen und Schweden, da man auch in diesen Ländern davor zurückschreckt, in die KP einzutreten, weil der Eintritt den Verlust der Arbeit zur Folge zu haben droht.

Die Gründe für die Fluktuation der Mitgliedschaft in der zweiten Gruppe der kommunistischen Parteien der legalen Länder liegen in der falschen Politik und in der falschen Taktik in einzelnen Fragen. (In solchen Fällen verlieren wir nicht nur Mitglieder und Leser der Parteipresse, sondern auch der allgemeine Einfluß auf das Proletariat geht zurück. In Deutschland bekam die KPD bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 2 708 354 Stimmen. Der eigene Kandidat der Partei bei den Reichspräsidentenwahlen vereinigte bei der Stichwahl nur 1 869 553 Stimmen, und seine Aufstellung rief starke Unzufriedenheit unter den Arbeitern hervor, die den Kommunisten die Schuld für die Wahl Hindenburgs zuschrieben.) Zu den wichtigsten Ursachen der Fluktuation gehören die Unfähigkeit, politische Kampagnen zu führen, ferner der Umstand, daß die Parteien noch jung sind und sich nicht gefestigt haben, insbesondere aber das schlechte Funktionieren der lokalen Parteiorganisationen. Was die ständige Fluktuation der Leser der Parteipresse und die Schwierigkeit bei der Hebung ihrer Auflage betrifft, so kommt zu den oben erwähnten Ursachen, die naturgemäß auf die Leserschaft einwirken müssen, noch hinzu, daß man in den meisten Fällen nicht versteht, die Parteipresse, insbesondere die Tageszeitungen, gut auszugestalten.

In Frankreich wurde die letzte Werbekampagne von der „Humanité“, dem Zentralorgan der Partei, und der Parlamentsfraktion der KPF vermittels großer Volksversammlungen durchgeführt. Die meisten Betriebs- und Straßenzellen und sogar die Stadtteile und Zellengruppen nahmen an der Werbekampagne keinen Anteil. In den verhältnismäßig seltenen

Fällen, wo das doch der Fall war, beschränkten sie sich auf technische Arbeit (Plakatkleben). Die Folge war für Paris, daß von den 1000 neu geworbenen Mitgliedern gleich in den ersten Tagen 200 wieder verloren gingen. Und wie groß mag diese Zahl für ganz Frankreich gewesen sein?

Wäre eine solche Erscheinung möglich gewesen, wenn die Werbekampagne nach einem vom ZK ausgearbeiteten Plan durch die ganze vorhergegangene Arbeit der unteren Parteiorganisationen vorbereitet worden und von den lokalen Organisationen der KPF durch die Betriebszellen und mit Hilfe der „Humanité“, der Parlamentarier und Stadtverordneten und aller anderen aktiven Parteiarbeiter durchgeführt worden wäre? Natürlich nicht. Die durch die Betriebszellen aufgenommenen Mitglieder, die der Partei nicht nur aus vorübergehender Begeisterung beitreten, hätten gleich im Betrieb erfaßt werden können, und es wäre nicht die Frage entstanden, die das Orgbüro des ZK der KPF und die Parteipresse beschäftigte: was soll man mit den neu aufgenommenen Mitgliedern machen — soll man sie vorläufig in ihrem Wohnort den Straßenzellen zuweisen, um die neuen Mitglieder an die Parteiorganisation zu „gewöhnen“ oder soll man sie sofort in die Betriebszellen einreihen.

Während der Werbekampagne hat es Fälle gegeben, wo 5 bis 6 Mann aus dem gleichen Betrieb sich zur Partei meldeten. Aus ihnen hätte man eine Zelle bilden können, falls im Betrieb eine solche noch nicht vorhanden war, oder, falls es bereits eine Betriebszelle gab, wäre es für sie bequemer und zweckmäßiger gewesen, direkt ihr beizutreten. Das wäre auch sicher der Fall gewesen, wenn die Zellen an der Werbekampagne und der Kleinarbeit der Partei teilgenommen hätten. In diesem Falle hätte die Zelle sich einen guten Ruf bei den parteilosen Arbeitern erworben und hätte aus der Praxis gelernt. Die Arbeiter sehen in der KP die Partei, die das Proletariat in den Kampf und zum Siege führen kann. Sie sind überzeugt, daß die Kommunistische Partei über eine gut funktionierende Parteiorganisation verfügt, die imstande ist, diesen Aufgaben gerecht zu werden. Wenn sie aber der Organisation beitreten, so finden sie nicht, was sie erwartet haben: die Zellen funktionieren schlecht, sie beschäftigen sich durchweg mit innerparteilichen Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten, die den neu eingetretenen Mitgliedern zunächst unverständlich bleiben und — was die Hauptsache ist — es wird diesen neuen Mitgliedern nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet. Auf diese Erscheinungen wird von den Genossen aus den verschiedenen Kommunistischen Parteien hingewiesen. Der Genosse Vilatte (Frankreich) bezeichnet als einen der wichtigsten Gründe für den Austritt aus der Partei folgendes:

„In den Zellen beschäftigt man sich allzu viel mit innerparteilichen Streitigkeiten und oft sogar mit Geschichten rein persönlichen Charakters, anstatt sich mit den Aufgaben der Partei zu befassen.“

Der Genosse Delaître schreibt in dem Bericht eines Bezirkskomitees:

„Eine ganze Reihe ernster Genossen verlassen die Partei, weil sie bei ihrem Eintritt damit rechneten, daß sie bei uns einen gut funktionierenden Parteimechanismus finden werden, — statt dessen hören sie ständiges Gerede über Organisation und Disziplin, sehen aber keine praktische Tätigkeit.“

In einem Bericht an das ZK der KPD wird über die Fluktuation der Parteimitgliedschaft das gleiche gesagt. Ich führe einige Auszüge aus dem Bericht an:

„Wenn von neuem eingetretene Mitglieder der Partei wieder verloren gehen, so spielt dabei der Umstand eine bestimmte Rolle, daß man sich mit diesen Mitgliedern bis vor kurzem nicht genügend beschäftigte, sie nicht in das Parteileben einführt... Es hat Fälle gegeben, wo neue Parteimitglieder, die an einer bewegten Berliner Parteiversammlung teilnahmen, der Partei den Rücken kehrten.“

Natürlich lassen sich in einer so lebendigen Partei, wie es die KP ist, innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten über die Fragen der Taktik, des Programms und der Organisation nicht vermeiden. Erst recht nicht in den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder, wo noch der Prozeß der Konsolidierung vor sich geht. Man muß aber die Diskussion über die eine oder andere Frage so organisieren, daß die Zellen, die Bezirksleitungen und die Ortsgruppen sich zugleich auch mit anderen Fragen der Tagespraxis beschäftigen. Kann man denn nicht die Zellen und die Ortsorganisationen dazu bringen, daß sie richtig funktionieren? Kann man denn die neuen Parteimitglieder nicht in die praktische Parteiarbeit hineinziehen? Kann man denn nicht kurzfristige Kurse für die neuen Mitglieder organisieren und eine für sie geeignete Parteiliteratur herausgeben? All dies läßt sich bei gutem Willen mit denselben Mitteln tun, über die die kommunistischen Parteien praktisch verfügen.

Vielorts werden Kampagnen zur Werbung von Abonnenten und Lesern der Parteipresse durchgeführt. In Deutschland — im Ruhrgebiet, im Rheinland — ergaben solche Kampagnen 2000 bis 3000 und mehr Abonnenten im Monat. Aus der Tschechoslowakei wird berichtet, daß die Zahl der Abonnenten in den Betrieben zunimmt, jedoch gibt es nicht wenig Fälle, wo die Auflagen der Zeitungen zurückgehen. Das erklärt sich dadurch, daß die Parteipresse im großen und ganzen langweilig und monoton ist, daß sie sich allzuviel mit Fragen der innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten und Strömungen beschäftigt, daß sie keine reichhaltige Information bietet, wie es die bürgerliche Presse tut, der Parteiorganisation keine ständige Unterstützung gewährt, es fehlt eine gute Darlegung des Parteilebens, es fehlen Hinweise auf die entsprechende Erfahrung, es fehlen Berichte aus den Betrieben usw.

Als 1926 die „Humanité“ Feuilletons zu bringen begann und einen Sportteil einführt, stieg die Auflage auf 40 000 bis 50 000.

Die kommunistischen Parteien mögen noch so arm an literarischen Kräften sein, der Tagespresse kann mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Das ZK und die Bezirksleitungen müßten der Presse ihr besonderes Augenmerk zuwenden, die Mängel können aus der Welt geschafft werden.

Es wurde bereits oben erwähnt, welchen Einfluß die legalen kommunistischen Parteien in den Gewerkschaften besitzen. Es muß hier darauf hingewiesen werden, daß auch in den Gewerkschaften der ideologische Einfluß der Kommunisten im Vergleich zu seiner organisatorischen Befestigung stärker ist. Die Tendenzen, die aus den unten angeführten Angaben über den Einfluß der KPD in den Gewerkschaften sprechen, können als identisch gelten für alle kommunistischen Parteien in solchen Ländern, die keine gespaltene Gewerkschaftsbewegung kennen. Als 1926 der Deutsche Metall-

arbeiterverband unter seinen Mitgliedern ein Referendum über verschiedene Fragen veranstaltete, bekam die KPD in 80 Verwaltungsstellen die Mehrheit. Dabei hat sie nur 35 Ortsvorstände des Metallarbeiterverbandes in ihren Händen. Die KPD erhielt bei den Wahlen zum Verbandstag der Bergarbeiter 40 Prozent aller Stimmen. Dabei sind nur 43 von den 300 Ortsvorständen des Verbandes in den Händen der KPD, d. h. nur 13,12 Prozent.

Im Chemnitz (Sachsen) erhielten die Kommunisten bei den Gemeinderatswahlen im November 1926 23,3 Prozent und die Sozialdemokraten 28,2 Prozent aller abgegebenen Stimmen.

Im Oktober desselben Jahres erhielten die Kommunisten bei den sächsischen Landtagswahlen 22,5 und die Sozialdemokraten 27,3 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Wenn man den Umstand berücksichtigt, daß für die Sozialdemokraten auch kleinbürgerliche Elemente stimmen, während für die Kommunisten nur die Arbeiter und ihre Familienmitglieder ihre Stimmen abgeben, so kann man sagen, daß die Kommunisten mehr Arbeiterstimmen erhielten als die Sozialdemokraten. Im Chemnitzer Gewerkschaftskartell sind aber von den 120 Mitgliedern nur 18 Kommunisten und nicht weniger als 80 Sozialdemokraten, d. h. viermal mehr. Nicht besser liegen die Dinge in dem unteren Gewerkschaftsapparat mit den Vertrauensleuten in den Betrieben. Im gleichen Chemnitz zählt die SPD in Betrieben mit 28 010 Arbeitern 3062 Parteimitglieder und Sympathisierende und 164 Gewerkschaftsvertrauensleute, die KPD dagegen 2446 Mitglieder und Sympathisierende und 49 Vertrauensleute. Bei anderen gleichbleibenden Bedingungen hätte die Sozialdemokratie auf ihre 616 Mitglieder und Sympathisierende, die sie mehr hat als die KPD, um 26 bis 27 Vertrauensleute mehr bekommen können, und nicht um 115. Das erklärt sich dadurch, daß die Kommunistische Partei der Arbeit der Gewerkschaften weniger Aufmerksamkeit schenkt als die Sozialdemokratie. Die aufgeklärten Arbeiter wissen, daß die Kommunisten die Interessen des Proletariats besser vertreten als die Sozialdemokraten. Darum stimmen sie für die Anträge der Kommunisten, wählen Kommunisten zu den Gewerkschaftskongressen und Konferenzen, wenn aber der Vorstand gewählt werden soll, dann schrecken sie vor der Wahl von Kommunisten zurück, da die Arbeiter nicht wissen, wie die Kommunisten die Gewerkschaftsarbeit erledigen. (Das bezieht sich auf reformistische Verbände, in denen die Kommunisten gezwungen sind, mit den Sozialdemokraten zu konkurrieren, und unsere Genossen nicht genügend vertraut sind mit den laufenden Fragen der Gewerkschaftsbewegung und es nicht verstehen, auf diesem Boden — Tarifwesen, Arbeitsgesetze, entsprechende Verordnungen usw. — die Sozialdemokraten zu schlagen).

Die organisatorische Befestigung des verhältnismäßig starken ideologischen Einflusses, den unsere Parteien auf die Arbeiterklasse ausüben, ist möglich bei Vermehrung des Mitgliederbestandes, Hebung der Auflage der Parteipresse und — was die Hauptsache ist — bei einer Verbesserung der Arbeit der Parteiorganisationen, angefangen bei den Zellen bis zum ZK. Denn nur dann, wenn die Parteiorgane richtig funktionieren und die Partei eine richtige Politik verfolgt, kann man der Arbeit der Parteimitglieder Richtung geben, in der Parteipresse sowohl wie in den Gewerkschaften und anderen Arbeiter- und Bauernmassenorganisationen.

G. A. K. L U H A N I :

INDIEN UND ENGLANDS POLITIK GEGENÜBER DER SOWJETUNION

Die konservative Regierung in England versucht unaufhörlich, für die Zwecke ihrer Einkreisungspolitik gegenüber der USSR, deren Ziel eine schließliche Intervention ist, eine Koalition der Mächte auf dem europäischen Terrain zu schaffen. Die Interessengegensätze zwischen den europäischen Mächten und das allmähliche Reifen der Kräfte des Klassenkampfes in allen europäischen Ländern — nicht zuletzt in England selbst — neutralisieren jedoch oft das Ergebnis der Bemühungen der englischen Diplomatie in dieser Richtung oder verschieben es. Diese Faktoren der europäischen Lage sind allgemein bekannt.

Aber die englische Politik gegenüber der Sowjetunion hat noch eine andere und vielleicht noch ernstere Seite — eine Seite, der bisher nicht genug Beachtung geschenkt wurde und die durch die neuen Entwicklungen in der Weltlage noch an Bedeutung gewonnen hat.

Gerade jene Schwierigkeiten, denen die Diplomatie der konservativen Regierung Englands in Europa begegnet, zwingen sie, die Möglichkeiten innerhalb des englischen Weltreichs selbst für ihre Angriffspolitik gegen die USSR auf das äußerste auszunützen. Hier aber bestimmt die zweifelhafte Treue der englischen „Dominions“ gegenüber dem „Ideal des Weltreichs“ — von der wir auch bei der letzten Reichskonferenz in London Beweise gehabt haben — ihrerseits jenes Gebiet des englischen Weltreichs außerhalb Englands, auf dem die Vorbereitung der Kräfte sich konzentrieren soll, die es im Augenblick der nächsten Weltkrise aufmarschieren lassen wird.

Dieses bestimmt in Frage kommende Gebiet ist Indien.

Bisher stand die Kolonie Indien zu England in einer ökonomischen Beziehung, die für die Entwicklung Englands von großer Bedeutung war. In der gegenwärtigen Periode, in der der Kapitalismus in England nur mit Schwierigkeiten den unvermeidlichen Zerfallsprozeß verzögert, ist die ökonomische Bedeutung Indiens für England eine noch viel größere. Und ebenso groß ist auch die politische Bedeutung Indiens. Es dürfte erinnerlich sein, daß ein englischer Minister vor nicht langer Zeit im House of Lords sagte: „Meine Lords, das einzige Weltreich, das Sie besitzen, ist Indien.“ Die ungeheuren Produktivkräfte Indiens unter englischer Hegemonie können dem englischen Imperialismus eine letzte Verteidigungsmöglichkeit gewähren, um ihn vor der drohenden Vernichtung zu retten.

Seit 1870 — als England offiziell ein „Weltreich“ wurde — hat es die Arbeitskräfte und Hilfsquellen Indiens für die Zwecke seiner Expansion verwendet. Es hat die ausgebeuteten, verhungerten indischen Bauern zu Söldnerknechten gemacht, und sie in seinen Kriegen auf drei Kontinenten, in Asien, Afrika und Europa als Kanonenfutter verwendet, um seine Ausbeutung und Unterdrückung auf die anderen Völker des Ostens auszudehnen

oder seine anderen imperialistischen Rivalen auf den Kolonialmärkten zu schlagen.

Das jüngste Beispiel ist das Landen von Truppen aus dem Punjab in Schanghai und Hongkong. Daß „Unruhen“ unter diesen Truppen ausbrachen und daß ein Teil von ihnen aus Schanghai zurückgezogen werden mußte, ist ein bedeutsames Symptom. Dies ist der Anfang vom Ende von etwas unbeschreiblich Verächtlichem in der Geschichte der imperialistischen Barbarei im Osten, daß man nämlich die einen Opfer des englischen Imperialismus dazu bringen will, gegen dessen andere Opfer zu kämpfen. Die Zeit, in der eine solch tragische Ironie möglich war, schwindet rasch dahin, dank dem Geist der Revolte, der die Hunderte Millionen der empörten Opfer des englischen Imperialismus in allen Ländern des Ostens erfaßt hat. Wenn die Soldaten, die aus dem Punjab nach Schanghai gesandt wurden, sich geweigert haben, für den englischen Imperialismus zu kämpfen, so werden sie, angefeuert durch ihren persönlichen Kontakt mit dem ungeheuren Kampf für die nationale Befreiung, den das chinesische Volk gegen die vereinigten Kräfte des Weltimperialismus führt, auf dieselbe Weise auch lernen, gegen ihn zu kämpfen. „Wen die Götter vernichten wollen, den schlagen sie mit Blindheit“. Dieses Wort des griechischen Tragödiendichters paßt auch auf die englischen Imperialisten von heute, die in einer übereilten und verzweifelten Aktion indische Soldaten zur Unterdrückung der Revolution nach China geschickt haben.

Die objektive Lage in Indien war und ist eine revolutionäre, auch ohne den Kontakt mit den welterschütternden Ereignissen in China. Die sozialen Kräfte der Revolution in Indien, bisher durch strenge Unterdrückung in Schach gehalten, beginnen sich unter dem Anstoß der chinesischen Ereignisse zu organisieren. Außerdem werden jedem, der die Lage in Indien untersucht, die starken, ostentativen militärischen Rüstungen der englischen Regierung in Indien auffallen. Mehr als ein Drittel des ganzen Einkommens von Indien wird Jahr für Jahr für das Militärbudget verwendet. Es ist bekannt, daß eine sehr kostspielige Eisenbahnlinie — ausschließlich zum Zwecke eines schnellen Truppentransportes — über die Nordwestgrenze Indiens bis nach Afghanistan gebaut wurde. Entlang dieser Grenze sind auch starke Luftflottenstützpunkte errichtet worden, ausgerüstet mit dem Besten, was die Technik der englischen Kriegsmaterialproduktion zu liefern vermag. Eine der ersten Amtspflichten, die der gegenwärtige Vizekönig nach seiner Ankunft in Indien erfüllte, war, daß er diese Grenze bereiste. In der letzten Zeit hat man die Politik verfolgt, alles verfügbare Gebiet zwischen der Verwaltungsgrenze von Indien und Afghanistan, das von Gebirgsstämmen bewohnt wird, zu besetzen. In Anbetracht dieser provokatorischen Politik Englands an der Nordwestgrenze Indiens hat die Regierung der USSR im letzten Jahr einen Neutralitäts- und Non-Agressionsvertrag mit Afghanistan abgeschlossen.

Als Symptom der allgemeinen Ausdehnung der militärischen Aktivität der indischen Regierung ist auch die Ausrüstung einer Expedition, die mit beträchtlicher Artillerie versehen ist, nach einer anderen Grenze Indiens, nämlich der Nordwestgrenze zwischen Burma und der chinesischen Provinz Jünnan zu betrachten. Mit der kindlichen Scheinheiligkeit, die der englischen Regierung eigen, wird mitgeteilt, daß die Expedition zum Zwecke der

„Befreiung der Sklavenstämme“ an der chinesisch-burmanischen Grenze unternommen wird.

Es ist bekannt, daß die englische Regierung durch eine Politik der „Protektion“ und besondere staatliche Unterstützungen eine technisch gut ausgestattete Eisen- und Stahlindustrie entwickelt hat, die zu einem beträchtlichen Teil von indischen Kapitalisten finanziert wird. Die Produkte dieser Industrie haben bereits erfolgreich die Konkurrenz mit ähnlichen Produkten der europäischen und amerikanischen Industrie aufgenommen. Weniger bekannt ist vielleicht, in welchem großen Ausmaße die sehr großen Produktivkräfte, die diese Industrie vertritt, von der englischen Regierung für die Bedürfnisse ihrer Kriegsproduktion umgestaltet worden sind. Es ist eine Tatsache, daß die Stahlindustrie in Indien mit der ausgesprochenen Absicht geschaffen und in ihrer Entwicklung unterstützt wurde, in Indien eine technische Basis für den englischen Militarismus zu schaffen.

Es ist bemerkenswert, wie weit diese Absicht bereits verwirklicht ist. So sagte ein Vertreter einer der indischen Stahlfirmen vor einer amtlichen Kommission im letzten Jahre aus, daß seine Firma „von Zeit zu Zeit“ Aufträge von der *O r d n a n c e* - (Kriegsmaterial-) Abteilung der Regierung Indiens(!) für verschiedene Gewehrteile und andere Munition erhalten habe, „da ihre Werke besonders gut für die Herstellung einer ganzen Reihe von Gußmodellen für Munitionsherstellung ausgestattet seien“. Dieselbe Firma wurde auch beauftragt, die „Herstellung von Luftbomben im Gewichte von 5 cwts.* 1 cwt. und 20 Pfund zu übernehmen. Die voraussichtlich benötigte Zahl wurde mit 5000 oder mehr pro Monat angegeben“. Der Vertreter der Firma führte weiter aus, daß im Kriegsfall sicherlich

„eine große Menge von besonderem Stahl zur Herstellung von Hülsen für Explosivmaterial und Schrapnells, Kanonenrohren und Mänteln, Gewehrläufen, Schienen usw. mit sehr kurzer Lieferungsfrist benötigt werden würde. Ihre Betriebe können mit geringer oder gar keiner Verzögerung auf diese Art der Produktion umgestellt werden“.

Zu welchen militärischen Zwecken können in Indien selbst die „5000 oder mehr pro Monat“ Luftbomben, die in einer Fabrik allein hergestellt werden, verwendet werden? Die Produktion ist sicher zu hoch für die gewöhnlichen Zwecke der englischen „Zivil“-Verwaltung in Indien, wenn sie auch gewohnheitsmäßig Arbeiter und Bauern massakriert, indem sie sie vom Aeroplan aus bombardiert. Die Gründe für diese große Ansammlung von Kriegsmaterial sind außerhalb Indiens zu suchen; sie liegen in derselben Richtung, in der sich die englische Außenpolitik bewegt, und wir kennen den Leitgedanken, der hinter der englischen Außenpolitik seit der Konsolidierung der USSR als der historischen und unwiderstehlichen Führerin der *W e l t r e v o l u t i o n* steht, zur Genüge.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Wirkungen der englischen Note an die USSR in Indien festzustellen. Die Wirkung entspricht genau den gegenwärtigen Gruppierungen innerhalb der indisch-nationalistischen Bewegung. Die höheren Schichten der indischen Bourgeoisie haben schon seit einiger Zeit gemeinsame Sache mit dem englischen Imperialismus gemacht und haben in der Verwaltung Indiens unter den sogenannten konstitutionellen Reformen von 1919 mit ihm zusammengearbeitet. In dem Maße, wie die wirklichen Forderungen des revolutionären Kampfes in Indien her-

* 1 cwts. = etwa 50 kg.

vortraten, haben sich diese bürgerlichen Elemente mehr und mehr an den englischen Imperialismus angelehnt, für den sie alles tun, um sich auf Grund der gemeinsamen Interessen an der Ausbeutung der Massen von Indien mit ihm zu identifizieren.

Ein Hauptorgan der reformistischen bürgerlichen Partei, die Ministerposten in der bengalischen Regierung angenommen hat, schlägt in seinem Kommentar zur Note Chamberlains einen Ton an, der einer Rechtfertigung der Haltung der englischen Regierung gegenüber Sowjetrußland sehr nahe kommt. Dieses Blatt schreibt z. B.:

„Es wird dem englischen Außenamt nicht schwer fallen, zu beweisen, daß Personen, die in enger Verbindung mit der Sowjetregierung stehen, versucht haben, den Kommunismus zu fördern und den Kapitalismus zu unterminieren und auf diese Weise Unzufriedenheit im englischen Weltreich zu verbreiten.“ „Mit ihrem brennenden Glauben an den marxistischen Kommunismus“, fährt das Blatt weiter fort, „begingen die Vertreter der Sowjetregierung eine Voreiligkeit, als sie sich verpflichteten, keine Unzufriedenheit im englischen Weltreich zu verbreiten. Die letzte englische Note an die Sowjetregierung erinnert diese mit Recht daran, daß sie dieses Versprechen im Juni 1923 gaben und jetzt nicht brechen sollten.“

„Aber uns interessiert hier nicht so sehr die Moralität oder Immoralität der Haltung der russischen Sowjetregierung,“ fährt das Blatt fort. Wofür es sich interessiert, scheint vielmehr zu sein, daß „die Bürokratie in Indien zu glauben scheint, daß solche Ideen und Ideale (d. h. der Kommunismus) unter einem schläfrigen, tropischen, ungebildeten Volk zu keinem praktischen Resultat führen werden. Der Streik auf der Bengal-Nagpur-Eisenbahn scheint in der indischen Beamenschaft keinen Eindruck zu machen. . . . Streikende Arbeiter sind bereits von den Ideen und Idealen des Kommunismus infiziert worden, obwohl sie noch nicht an abstrakte Prinzipien, wie die Abschaffung des Privateigentums oder die Nationalisierung der Produktionsmittel der Güter glauben. Sie empfinden stark die Uebelstände des Kapitalismus und meinen — vielleicht irrtümlich — daß der Kommunismus diese Uebelstände beseitigen wird.“

Und in Anbetracht dieser „Infektion“ der indischen Arbeiter durch den Kommunismus fragt das Organ der indischen Bourgeoisie:

„Wie lange kann irgend ein Staat es sich leisten, indifferent einem Streik gegenüber zu stehen, an dem etwa 40 000 Arbeiter, unzufrieden mit der gegenwärtigen ungleichen Verteilung von Reichtum und Macht, beteiligt sind? . . . In England begreift das Kapital dies, und der Staat versucht, den Mängeln der kapitalistischen Gesellschaft abzuweichen. In Indien begünstigt der Staat die Verbreitung verhängnisvoller Unzufriedenheit, weil er in seiner Unterstützung des englischen oder von England geleiteten Kapitals blind ist.“

Wenden wir uns jetzt der Mittelklasse, dem Kleinbürgertum und den intellektuellen Elementen zu, die die große Mehrheit der nationalistischen Bewegung bilden, und die sich jetzt endlich zu einem Bündnis mit den ausgebeuteten Massen der Arbeiter und Bauern hin orientieren, so finden wir eine ganz andere Haltung zur englischen Note an die USSR. In den Kreisen der Swaraj-Partei, des indischen Nationalkongresses (besonders seines linken Flügels) wird die englische Note ohne Zögern verurteilt.

So bezeichnet z. B. der „Bombay Chronicle“ (Kongreß, Zentrum) die englische Note als „hochtrabend und mutwillig“. Er spricht von dem „Ernst der chinesischen Lage und der wachsenden Unzufriedenheit der Arbeiterschaft“ in England, die den Geist der konservativen Partei verwirrt hätten.

„Mögen die scharfmacherischen Tories in England ein für allemal begreifen,“ fährt das Blatt fort, „daß die russischen Kommunisten von der Revolte des Ostens und der ökonomischen Revolution in der ganzen Welt nicht sprechen, weil sie von besonderem Haß gegen England erfüllt sind, sondern weil ihr Herz und ihr Sinn von einer extremen, aber logischen Doktrin der Gleichheit und Brüderlichkeit erfüllt ist, die die alten Systeme, die den Engländern so teuer sind, an der Wurzel treffen.“

Das Blatt schreibt weiter:

„Während die russischen Kommunisten ihre Federn und ihre Zungen schärfen, um der Welt eine neue Botschaft zu verkünden, haben die Engländer und ihre Verbündeten nicht gezögert, alle möglichen weißen Armeen und rechtlosen Briganten zu subsidiieren und zu unterstützen, die die Republik Rußland in der Periode ihrer Entstehung vernichten wollten. Und wie können die englischen Staatsmänner — die mit der Pistole in der Hand schöne Kolonien aus China herausgerissen haben — die Stirn haben, die Karachans und Borodins zu verurteilen, die ihre Beziehungen zu China auf eine vollkommen neue Grundlage gestellt haben, indem sie für die russischen Staatsangehörigen auf alle Privilegien verzichteten. Schließlich möge England sich erinnern, daß keine noch so blendende Aeüßerung eines hohlen Heroismus die russischen Staatsmänner davon abhalten wird, ihre Propaganda fortzusetzen, die so allesdurchdringend ist wie Luft und so klug wie der Geist selbst.“

Nach der Meinung des „Bombay Chronicle“ ist das Ergebnis der englischen Note das, daß

„die englischen Imperialisten noch stärker der Absichten überführt sind, die sie so gerne leugnen möchten, und wir sind nicht sicher, ob sie der kommunistischen Bewegung in England und dem Ausland nicht einen großen Anstoß geben werden“.

Der „Indian National Herald“ von Bombay (linker Flügel des Kongresses) schreibt:

„Die englische Note zeigt die Beschränktheit der Einstellung der Tories . . . Der Antrieb zur nationalen Befreiung und ökonomischen Emanzipation ist zweifellos durch Rußlands Errungenschaften gekommen . . . aber die Imperialisten können der Woge der ökonomischen Freiheitsbewegung keinen erfolgreichen Widerstand leisten, weder in England, noch in China oder Indien“. Das Blatt erinnert die Tories an die „offenen feindlichen Akte, die sie selbst durch Herbeiführung innerer Unruhen gegen Rußland begangen haben. Auf Veranlassung Churchills wurden ungefähr 100 Millionen für den Sturz der russischen Regierung verschleudert“. „Aber die englische Note jammert über die durch die Tatsachen bestätigte Meinung Rußlands, daß das englische Weltreich oder jedenfalls die englische Regierung den Geist und die Tendenz der Revolte innerhalb des russischen Gebiets und außerhalb seiner unmittelbaren Grenzen unterschätzt“.

Die „Swarajya“, das Organ der Swaraj-Partei in Madras, charakterisiert den Geist der Provokation, der hinter der englischen Note steckt, als „mutwillig“. Es schreibt:

„Die russische Antwort hat auf die maßlose Kritik mit kühler Vernunft geantwortet. Der grundlegende Irrtum der englischen Note besteht“ nach der „Swarajya“ „in der Annahme, daß das, was richtig ist, wenn es von englischen Beamten getan wird, unrichtig ist, wenn es die Russen tun, und daß das englische Weltreich im Falle des Ausbruches internationaler Streitigkeiten nach einem Maßstabe beurteilt werden soll und alle anderen Länder nach einem anderen. Es ist klar, daß nur die englischen Imperialisten und niemand anders sich mit einer so monströsen und einseitigen Unterscheidung zufrieden geben wird.“

Der Artikel der „Swarajya“ schließt: „Die von einer Panik befallenen Staatsmänner des Weltreiches sehen rot, wo immer eine Unzufriedenheit besteht und suchen ihren Ursprung nach Moskau zurückzuverfolgen, während sie nichts weiter zu tun brauchten, um die Wahrheit zu entdecken, als einfach um sich zu schauen. Es gäbe keine Sowjetgefahr für die englischen Staatsmänner, wenn das englische Weltreich selbst frei von dem Brennstoff wäre, den Ungerechtigkeit und Unzufriedenheit liefern. Und so lange dieses Material da ist, ist auch die Gefahr da, mit und ohne Sowjetrußland. Warum Sowjetrußland die Verantwortung für den Verfall zuschieben, der jedem System innewohnt, durch das eine Nation die andere niederzuhalten versucht, wie es die englischen Imperialisten zweifellos in bezug auf die unterworfenen Völker des Weltreiches getan haben“.

„Forward“, das Swarajistische Organ Bengaliens, behandelt die englische Note als einen weiteren Schritt in der Entwicklung der englischen Interventionspolitik gegen die Sowjetunion. Es schreibt:

„Die Macht der Umstände, die gegenwärtig für den englischen Imperialismus zu stark sind, haben diesen gezwungen, die Kriegsfarben anzulegen. Der Zusammenprall der Interessen in China, an der Küste des Pazifischen Ozeans, ist zu heftig geworden, die Engländer können nicht länger die geharnischte Faust im Samthandschuh verbergen. Ist es nicht natürlich,“ fährt das Blatt fort, „daß England überall in seinen zahlreichen Einflußgebieten und Kolonien ein rotes Tuch sieht . . . Die Saat der Unzufriedenheit geht in der geknechteten Bevölkerung auf, und es ist nur zu leicht, beides mit einander in Verbindung zu bringen und die Resultate als Folgen der russischen Intrigen zu verkünden!“

„Forward“ schließt folgendermaßen: „Die Sowjetidee hat sich behauptet. Es scheint ihr eine zauberhafte Lebensfähigkeit innezuwohnen . . . Das Sowjetsystem von wahren Schläge muß notwendigerweise auf allen Punkten mit dem Imperialismus in Krieg geraten.“

B. FERDI:

DER TÜRKISCHE BAUER UND DIE KEMALISTISCHE REVOLUTION

Geschichtlicher Rückblick

Die Türkei ist ihrem Grundcharakter nach ein Agrarland. Die Bauernschaft bildet die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung Kleinasiens. Diese werktätigen Massen waren zu allen Zeiten die Opfer einer unbarmherzigen Ausbeutung. Mit ihrem Gut und Blut mußten sie die Kosten des verschwenderischen Lebens und der Heldenstückchen der herrschenden Klassen bestreiten. Daher hat sie das unerträgliche Maß ihres Elends und ihrer Leiden in der Vergangenheit zu wiederholten Malen zu Gewaltakten von außerordentlichem Ernst getrieben.

Die wichtigsten revolutionären Bewegungen Kleinasiens, die in die Geschichte eingegangen sind, hatten ihre Ursache im Ausbruch der Empörung breiter Schichten der Bauernschaft gegen ihre Unterdrücker. Schon unter der Regierung des Sultan Mohammed des Ersten, zu Beginn des 15. Jahrhunderts, hatte der Aufstand der armen Bauern den Umfang einer Massenbewegung großen Stils angenommen. Ihr Urheber und Führer, Bedriddin Simavi, ein Politiker von großer Klugheit, hatte versucht, dieser Bewegung eine kommunistische Richtung zu geben. Bedriddin verkündete ein ganzes System einer demokratischen Regierung, die auf der wirtschaftlichen und sozialen Gleichheit beruhen sollte. Diese Lehre hatte eine wahrhaft faszinierende Wirkung auf die ländliche Bevölkerung, die damals in den Zustand der Sklaverei gesunken war. Der Sultan, dessen Autorität sehr stark erschüttert war, mußte zur Rettung seines Reiches einen groß angelegten Feldzug gegen die Armee der Revolutionäre führen. Nach einer blutigen Schlacht wurde Bedriddin im Jahre 1413 gefangen genommen und hingerichtet, seine Truppen wurden zerstreut.

Ohne bei den sich von Zeit zu Zeit ereignenden Erhebungen der türkischen Bauern verweilen zu wollen, Erhebungen von mehr oder weniger großer Bedeutung, möchte ich jedenfalls die eine sehr bedeutende Tatsache vermerken, daß der Geist der Revolte im Bauern tief verwurzelt war. Er fand

seinen Ausdruck hauptsächlich in einem Brigantentum von besonderem Charakter. Im Laufe des 18. Jahrhunderts wurde Kleinasien während einer sehr langen Periode an allen Ecken und Enden durch das in der Geschichte unter dem Namen *Djelabs*, eines berühmten Bandenführers, bekannte Banditentum verheert. Es handelte sich um eine Art von *Jacquerie* (Bauernaufstand), die einmal in diesem, einmal in jenem Gebiete aufflammte, aber niemals aufhörte. Die aufständischen armen Bauern einer Ortschaft, eines Distrikts, manchmal sogar einer ganzen Provinz zogen sich in die Berge oder in die Wälder zurück, um von dort aus als organisierte Banden Ueberfälle auf die Wirtschaften der feudalen Grundbesitzer und der reichen Bauern zu machen und sie auszuplündern. Unter der Herrschaft von Achmed dem Ersten gelang es einem brutalen Großwesir, diese Guerillakriege im Blute zu ersticken, indem er einfach Massenausrottungen organisierte. Aber diese Tradition, sich zusammenzuschließen, um gegen die legalen Ungerechtigkeiten der herrschenden Klassen durch ein systematisch organisiertes Brigantentum zu protestieren und zu kämpfen, hat sich in den Landgebieten Anatoliens bis in die heutigen Tage erhalten.

Jedesmal, wenn die sozialen und politischen Verhältnisse unerträglich wurden, wuchsen bewaffnete Banden gewissermaßen aus dem Boden hervor, und zwar in jenen Provinzen, die am stärksten ausgepreßt wurden. Oft gelang es diesen Banden, den allerschärfsten Maßnahmen der Zentralregierung Schach zu bieten. Alle Welt erinnert sich noch daran, wie solche Banden von Bauern das Ottomanische Reich in den Jahren, die der konstitutionell-demokratischen Revolution von „Einheit und Fortschritt“ vorangingen, aufwühlten.

Was den nationalen Unabhängigkeitskampf betrifft, so kann man sagen, daß er, besonders in seiner ersten Phase, das Werk der kleinen und mittleren Bauernschaft war, die sich spontan in irregulären Kampfformationen organisierte und gegen die imperialistischen Eindringlinge sowie gegen den verräterischen Sultan Stellung nahm. Diese Verbände von Freiwilligen, die Bandenführern unterstellt waren, wurden erst später durch Offiziere zu Militärformationen umgestaltet und der regulären Armee einverleibt.

Heute steht fest, daß die kemalistische Revolution vor allem eine Bauernrevolution war, geführt und ausgenützt von einer jungen Bourgeoisie, die aus den Mittelschichten der Städte und der Landgebiete Anatoliens hervorgegangen war. Zu Beginn des Befreiungskrieges traten selbst im Schoße der nationalistischen Armee zwei einander widersprechende Tendenzen in Wettbewerb, um sich die Herrschaft über die Bewegung zu sichern. Die Ansprüche und Interessen der Massen der armen Bauern stellten sie in Gegensatz zu den mehr oder weniger begüterten Bauern, die aus ihrer Führerrolle Nutzen zu ziehen suchten, um ihre eigene Position zu festigen.

Die radikale politische, deutlich revolutionäre Orientierung der ausgebeuteten Schichten fand bei bestimmten Führern einen sympathischen Widerhall. Unklare kommunistische Meinungen zirkulierten unter den Kämpfenden und gewannen sogar einige ihrer Offiziere.

„*İç dji*“, das Provinzorgan der Sozialistischen Partei der türkischen Arbeiter und Bauern, hat eine große Rolle bei der Erstarkung und Kristallisation dieser linken Strömung gespielt. Schließlich nahm diese Strömung selbst im Schoße der Armee eine organisierte Form, unter dem Namen

„grüne Armee“ an. Alle Aspirationen der armen Bauern spiegelten sich in dieser letzten Organisation wider. Es sollte sich darum handeln, eine Art von sehr breiter Demokratie auf Grundlage eines bäuerlichen Kommunismus, der voller Widersprüche und Zusammenhanglosigkeit war, zu errichten. Einer der einflußreichsten Führer der nationalen Freiheitsbewegung, Tschermes Edhem Bey, Kommandant der irregulären Kavallerie, war als Führer der extremistischen Gruppen anerkannt. Er hatte in kurzer Zeit große Popularität erlangt, die ihn mit Mustafa Kemal auf eine Stufe stellte. Auch brachte man ihm in den führenden, nationalistischen Kreisen großen Respekt entgegen.

Die Hoffnungen, die man auf ihn gesetzt hatte, sollten bald einer tiefen Enttäuschung Platz machen. Die Ereignisse bewiesen in der Tat bald, daß er nur ein gewöhnlicher Abenteurer und noch obendrein ein Verräter war. Es war zweckmäßig, daß er auf alle Fälle bis zur vollständigen Befreiung des Landes von der imperialistischen Invasion im Lager der Nationalisten bleibe und mit ihnen zusammenarbeite, indem er zugleich auch weiterhin die Interessen der armen Bauernschaft vertreten sollte. Indessen nahm er, statt einen Boden der Verständigung mit den anderen Führern der Bewegung zu suchen, den ersten Konflikt zwischen ihm und Kemal zum Vorwand, um, von der Mehrzahl seiner Parteigänger begleitet, auf die Seite des Feindes überzugehen, und er kehrte bald die Waffen gegen die antiimperialistische Front. Von diesem Augenblicke an ging die ganze Macht ausschließlich in die Hände der Kemalisten über, welche die wohlhabenden Schichten der Bauernschaft und der Kleinbourgeoisie vertreten.

Bevölkerungsdichte und Verteilung des Bodens

Um die entscheidende Wichtigkeit der Agrarfrage in der Türkei besser zu verstehen, halten wir es für unumgänglich notwendig, einen Blick auf die soziale Struktur des Landes und die Lage und Entwicklung der Landwirtschaft zu werfen. Die statistischen Angaben sind leider sehr unvollständig und sehr unsicher. Erst im Laufe des Jahres 1927 wird man zum erstenmal eine allgemeine, wissenschaftliche Zählung vornehmen. Aber wenn man sich auf die Dokumente, die auf gewissenhaften Forschungen der einheimischen und fremden Spezialisten beruhen, stützt, kann man sich trotzdem schon jetzt eine Meinung über die Lage der Bauernschaft bilden.

Die Gesamtoberfläche der Türkei in ihren gegenwärtigen Grenzen beträgt 750 000 km² und ihre Bevölkerung dürfte 14 000 000 Einwohner übersteigen. Wenn man die verschiedenen Ausnutzungsmöglichkeiten dieses Territoriums und die verschiedenen Bevölkerungsschichten außer Betracht läßt, so ergibt sich eine mittlere Bevölkerungsdichte von 18 Bewohnern auf einen km². Aber man muß in Rechnung ziehen, daß ein großer Teil dieser Oberfläche unkultiviert und Wüste ist und daß die Bevölkerung große Neigung zeigt, sich in den südlichen und östlichen Provinzen zusammenzudrängen. Die Verhältniszahlen des bebaubaren und urbar zu machenden Bodens sind folgende:

| | | |
|--------------------------------|-------------------|--------------|
| Bebautes Land | 32 000 000 Hektar | 42,6 Prozent |
| Wiesen | 10 000 000 .. | 13,3 .. |
| Wälder | 8 000 000 .. | 10,6 .. |
| Buschwerk und Felsen | 25 000 000 .. | 33,3 .. |
| | <hr/> | |
| | 75 000 000 Hektar | |

Von 32 Millionen Hektar, die sich zum Bebauen eignen, gehören 8 000 000 dem Staat, die sich in vollkommen vernachlässigtem Zustand befinden. Die Bewohner konzentrieren sich auf 24 000 000 Hektar, welche ihr Eigentum sind. Stellen wir unsere Berechnung auf diese Basis, so kommen wir auf eine Durchschnittsdichte von 58 Personen per km². Für ein Land, wo die Werkzeuge und Bebauungsmethoden die primitivsten sind und sich der fruchtbarste Boden in den Händen einer kleinen Zahl von Großgrundbesitzern befindet, ist dies eine genügend hohe Bevölkerungsdichte. Um so mehr, als uns die Statistiken zeigen, daß jährlich kaum 15 Prozent dieser Oberfläche bebaut werden:

Es wurden bebaut

| | |
|---------------|------------------|
| im Jahre 1887 | 3 878 000 Hektar |
| 1907 | 4 500 000 Hektar |
| 1923/24 | 2 885 000 Hektar |
| 1925 | 5 000 000 Hektar |

Schon vom Jahre 1925 angefangen, ist ein großer Fortschritt zu verzeichnen. Aber noch immer beträgt die Ausdehnung des kultivierten Bodens pro Kopf nur 35 Ar, während die entsprechenden Ziffern vor dem Krieg für Rußland 230 Ar, für Deutschland 350 Hektar und für die Vereinigten Staaten 1 Hektar 60 Ar betragen. Diese Tatsache allein erklärt, warum der türkische Bauer, der dem Elend ausgeliefert und aus seinem Heimatland vertrieben ist, seine Existenzmöglichkeiten in den Bergwerken und Häfen sucht.

Die Verteilung des Bodens erschwert noch diese Situation. Man schätzt die Zahl der Bauernfamilien, die auf dem Lande leben, auf ungefähr 1 100 000. Nach dem Umfang ihres Grundbesitzes kann man diese Familien in 4 Kategorien einteilen; wir nehmen dabei die frommen Stiftungen heraus und führen sie gesondert an:

| Kategorien | Zahl | Hektar | Prozent des Bodens | |
|-------------------------------------|------|-----------|--------------------|-------|
| Großgrundbesitzer | 3 | 33 000 | 8 650 000 | 36 |
| Wohlhabende Bauern (mehr als 30 ha) | 21 | 230 000 | 7 350 000 | 30,6 |
| Kleinbauern (weniger als 30 ha) | 47 | 517 000 | 1 470 000 | 6,1 |
| Parzellenbesitzer | 29 | 320 000 | 245 000 | 1,2 |
| Fromme Stiftungen | — | — | 6 285 000 | 26,1* |
| | 100 | 1 100 000 | 24 000 000 | 100 |

In dieser Tabelle ist nicht die Rede von den Bauern ohne Land, die eine beträchtliche Reserve von Landarbeitern bilden. Es handelt sich da um ein ganzes Nomadenvolk, daß man auf 450 000 Familien schätzen kann und das auf der Suche nach Arbeit in dauernden Pilgerzügen das Land durchstreift. Gemäß obiger Tabelle besteht die überwältigende Mehrheit der Bauernmassen, nämlich 76 Prozent, aus kleinen und armen Bauern, die alles in allem nur 7,3 Prozent des nutzbaren Bodens besitzen, während den Großgrundbesitzern und wohlhabenden Bauern 66,6 Prozent gehört. Die Bauern ohne Grund und Boden bilden mit dieser Masse kleiner und ganz kleiner Bauern zusammen 83 Prozent der ganzen Bauernschaft.

Vom Gesichtspunkt der Struktur der Landwirtschaft kann man die Türkei in drei verschiedene Zonen einteilen, die sozusagen in schematischer Art die drei Stadien der historischen Entwicklung der Art der Bodenbewirtschaftung widerspiegeln:

* Wir führen diese Zahlen mit allem Vorbehalt an.

I. In den östlichen Provinzen Anatoliens gehört den Bauern der Boden, den sie bearbeiten und auf dem sie leben, noch nicht als Privateigentum. (Wir werden weiter unten von den Pseudoreformen, die von den Kemalisten hier in Angriff genommen worden sind, sprechen.) Der Prozeß der sozialen Differenzierung ist hier noch wenig fortgeschritten. Die Zahl der Bauern, die hier selbständig wirtschaften, ist unbedeutend. Das Eigentum hat seine primitive feudale Form bewahrt und umfaßt noch ungeheure Bodenflächen. Von zwei Millionen Einwohnern haben nur einige tausend Usurpatoren (Beys und Scheiks) Besitztitel und Verfügungsrecht über alles: Land, Tiere und Menschen. Potentaten, die sich das Ansehen kirchlicher Würdenträger gaben, terrorisierten im Namen Gottes diese unwissende Bevölkerung, um ihr alles, was sie erzeugte, zu rauben.

Da Straßen und Eisenbahnen fehlen, sind diese Gegenden von dem übrigen Lande fast isoliert. Der Verkehr spielt sich lediglich auf den Rücken der Maulesel und der Kamele ab. Da man den Ueberfluß an Getreideprodukten weder exportieren, noch auf dem inneren Markt absetzen kann, beschränkt man sich darauf, den Boden nur im Maße des lokalen Bedarfs zu bebauen. Der zurückgebliebene Stand des sozialen Regimes leitet sich vor allem von diesen ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen ab.

II. Auf dem Zentralplateau und im Norden Kleinasiens weisen die Kultur- und Eigentumsbedingungen ein ganz anderes Aussehen auf. Hier wurde die Agrarreform des Jahres 1864, die eines der Glieder in der Kette der Modernisierungsmaßnahmen der Türkei bildet und die man in der Geschichte unter dem Namen „Tanzimate“ kennt, genau durchgeführt. Die Unterdrückung der Janitscharen hatte die Zentralregierung gestärkt und die Anwendung der Gesetze ermöglicht. Eine Menge bescheidener Bauern, deren Recht auf den Boden, den sie bebauten, sehr unsicher war, zogen aus den Verfügungen der Reform Nutzen und sanktionierten und legalisierten unter gewissen Bedingungen ihre Situation als Eigentümer. Die Folge davon war eine große Zerstückelung des Landes. Seit dieser Epoche ist die Kleinwirtschaft in diesen Gegenden zur Regel geworden, und eine kompakte Masse kleiner und mittlerer Bauern bildet hier die weitaus überwiegende Mehrheit der Bevölkerung.

Mit gleichem Schlage verwandelten sich diese Gegenden in ein Paradies der Wucherer. Die Bauern sind gewöhnlich schlecht mit landwirtschaftlichen Geräten und Werkzeugen versehen. Sie verfügen fast über keinerlei Bargeldvorräte und noch weniger über Hilfsquellen zur Verbesserung ihrer Kulturen. Da sie nicht soviel Land besitzen, als ihrer Arbeitsfähigkeit und ihren Lebensbedürfnissen angemessen wäre, sind sie oft genötigt, Land von den Großgrundbesitzern der Umgebung zu pachten. Sie sind infolgedessen fortwährend gezwungen, Anleihen aufzunehmen und dabei in die schlechtesten Bedingungen einzuwilligen. Auf diese Weise hat der Bauer immer Schulden und Zinsen zu bezahlen und so wird ihm der größte Teil seiner Arbeitsprodukte jedes Jahr von Parasiten aller Art weggenommen. Eine große Anzahl kleiner Banken und eine Menge Wucherer (Krautjunker oder Exporteure) ziehen jedes Jahr aus dem Elend dieser fleißigen Bevölkerung skandalöse Profite. Der Aufschwung der Großwirtschaft, der ein Ergebnis der Wirtschaftspolitik der Kemalisten ist, hat die Zersetzung dieser Schichten

der Bauernschaft beschleunigt. Solange man dem Mangel an Zugtieren, Kredit und Boden, an dem diese Bauernschaft leidet, nicht abgeholfen hat und solange man sie nicht endgültig aus den Händen der Wucherer befreit hat, kann man nicht von der Lösung der Agrarfrage in der Türkei sprechen.

III. Die östlichen und südlichen Teile Anatoliens (Eski-Schehir, Smyrna, Adana) befinden sich in einem fortgeschrittenen Zustand der landwirtschaftlichen Entwicklung und weisen eine bedeutend vervollkommnete Landwirtschaft auf. Während der Boden in den östlichen Provinzen durch eine kleine Zahl von Feudalherren auf eine primitive Weise zusammengeerafft worden ist, während er auf dem Zentralplateau im Interesse der Ackerbauer zerstückelt worden ist, ist er hier wiederum in den Händen von Großgrundbesitzern konzentriert, doch unter der fortschrittlichen Form moderner Wirtschaften. Kleine Grundbesitzer, die bis über die Ohren in Schulden steckten, waren nach und nach so in die Enge getrieben, daß sie ihren Grund und Boden reichgewordenen Nachbarn oder Bourgeois aus den Städten, die ihnen Geld geliehen hatten, überließen. Auf diese Weise sanken sie zu Pächtern oder gar zu Tagelöhnern dieser Leute herab.

Man findet in diesen Gebieten große Wirtschaften (Tschifliks) von mehreren Tausend Hektaren. In diesen landwirtschaftlichen Domänen arbeiten Dutzende von Pächtern und Hunderte von Tagelöhnern zu Nutz und Frommen eines Herrn, der selbst oft in einer großen Stadt oder sogar in Europa wohnt. Unter diesen Wirtschaften gibt es auch Pachtgüter, die von Spezialisten, denen Kapitalien zur Verfügung stehen, methodisch exploitiert werden. Die landwirtschaftlichen Geräte sind im allgemeinen vervollkommenet. Traktoren und Dampfmaschinen werden ziemlich häufig verwendet. Rohmaterialien und Produkte, die zum Export bestimmt sind (Wolle, Tabak, Leinen, Opium, Weinreben, Oelbaumpflanzungen usw.) werden mit Vorliebe kultiviert. Fabriken, um diese Produkte zu verarbeiten, sind nicht selten. Eine Armee landwirtschaftlicher Arbeitskräfte stellt sich von Saison zu Saison dort ein, wo sie gebraucht werden; dort leisten sie die harte Feldarbeit, die man von ihnen verlangt. Die Kleinwirtschaft existiert in diesem Landesteil gleichfalls, aber sie ist weit davon entfernt, hier dieselbe Bedeutung zu haben wie in den Gebieten Zentralanatoliens. Die kemalistische Partei ist mit den reichen Landwirten dieser Gegenden innig verknüpft und sie begünstigt mit allen Mitteln ihren wirtschaftlichen Aufschwung.

Welches ist die kemalistische Lösung der Agrarfrage?

Bis zum heutigen Tage ist die Volkspartei und ihre Regierung an keines der Probleme, die wir in unserer Analyse beleuchtet haben, ernstlich herangegangen und hat noch weniger den Willen gezeigt, sie auf eine endgültige Weise zu lösen. Und das ist kein Zufall, auch nicht bloße Nachlässigkeit. Seit die Volkspartei die anderen Klassen der Gesellschaft in der Türkei ihrer Herrschaft unterworfen hat, wächst sie sich immer mehr und mehr zur politischen Organisation einer jungen Bourgeoisie in Stadt und Land aus, einer Bourgeoisie, die voller Erwerbsgier ist. Infolge dieses Charakters fehlt ihr, sofern sie nicht gezwungen wird, jede Fähigkeit, aus eigenem eine radikale Lösung der Agrarfrage, die den Interessen der breiten Massen entspricht, zu finden.

Nichtsdestoweniger sind sich die Kemalisten des großen sozialen Gewichts der Bauernschaft in der Türkei bewußt. Sie wissen sehr wohl, daß es ihnen unmöglich wäre, sich ohne die, wenn schon nicht aktive, so zumindest stillschweigende Unterstützung der Bauernschaft an der Macht zu halten. So haben sie unter dem Drucke der Forderungen interessierter Kreise im Rahmen der in der Landwirtschaft herrschenden Verhältnisse gewisse Verbesserungen, die erwähnenswert sind, eingeführt.

Schon auf dem großen Wirtschaftskongreß in Smyrna, der zu Beginn des Jahres 1923 tagte, trat das Uebergewicht der Landwirte klar in Erscheinung. Von 1000 Delegierten, die aus allen Ecken und Enden der Türkei gekommen waren, vertraten mehr als 600 die ländliche Bevölkerung. Und diese waren es auch, welche die Debatten beherrschten. Es ist bemerkenswert, daß sich unter ihnen fast keine Bauern befanden, die von ihren Feldern gekommen waren. Alle waren mittlere und große Besitzer von Wirtschaften sowie landwirtschaftliche Spezialisten.

Diese Vertreter der wohlhabenden Bauernschaft hatten auf dem Kongreß eine ganze Reihe von Reformvorschlägen zur Annahme gebracht, die insgesamt den Charakter einer Plattform zur Modernisierung des landwirtschaftlichen Betriebs und der Steuerlasten darstellten. Natürlich wurde mit keinem Worte die Verbesserung des Loses der armen Bauernschaft und die Linderung des Bodenhungere, an der sie leidet, gestreift. Nur die Gruppe der Arbeiterdelegierten, die von einem Kommunisten geführt wurde, hatte diese Frage aufgerollt.

Die Kemal-Regierung paßte in der Folgezeit ihre Haltung in bezug auf die Landbevölkerung den Hinweisen des Kongresses an. Wir werden berichten, was sie auf diesem Gebiete schon verwirklicht hat.

Zunächst wurde der Zehent (Aachar) abgeschafft. Diese mittelalterliche Last verpflichtete die landwirtschaftlichen Produzenten in allen muselmännischen Gebieten, dem Staatsschatz den zehnten Teil ihrer Ernten abzutreten. Es handelte sich um eine Naturalsteuer, die auf den Bruttoertrag des Bodens im vorhinein erhoben wird. Für den Fall, daß der Ernteertrag nicht hinreichte, wurde die Bauernschaft zuweilen eines Teiles ihres Saatgutes beraubt. Diese Steuer war eine wahre Geißel für die Bauern und machte sie zu Sklaven der die Pacht vergebenden Krautjunker. Denn nach der alten Tradition erfolgte die Erhebung des Zehnten durch die Vermittlung der Pachtherren. Die reichen Pachtherren hatten da ein ausgezeichnetes Werkzeug zu ihrer Verfügung, um die Pächter auszuplündern und zu unterdrücken.

Dieses veraltete Steuersystem war in der Türkei bis zum Jahre 1924 in Gebrauch. Im Jahre 1924 beschloß die kemalistische Nationalversammlung, entsprechend den einhelligen Forderungen der Bauernschaft, die Abschaffung dieses Systems. Das hatte nun eine große Lücke im Staatshaushalt zur Folge, und dies gerade in dem Augenblicke, da die Regierung besonders dringend der Mittel bedurfte. Der Zehent betrug tatsächlich fast ein Viertel der Staatseinkünfte. Um nun diesen Ausfall wettzumachen, wurde die Grundsteuer, die bis dahin unbedeutend war, auf den achtfachen Betrag erhöht. Und es wurden ferner die Bodenfrüchte, die von den Landwirten auf den Märkten verkauft wurden, mit einer Abgabe von 8 Prozent ihres Wertes belegt. Auf diese Weise blieben die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die durch den Produzenten, seine Familie, sein Gesinde und sein Vieh

direkt verzehrt wurden, von jeder Steuerbelastung ausgenommen. Aber dieser Vorteil kommt in Wahrheit nur den wohlhabenden Bauern zugute, die auf diese Weise große Beträge zur Führung ihres landwirtschaftlichen Betriebes ersparen.

Die Abschaffung des Zehnten hat auch insofern eine unvorhergesehene Rückwirkung gehabt, als sie die Geldzirkulation beschleunigte und auch störte, indem sie den Bauern viel enger mit dem Markt verknüpfte. Vor der Reform erhoben die Pächter des Zehnten, die gleichzeitig auch den Großhandel mit Lebensmitteln trieben, fast die gesamte Produktion der Bauern teils als rückständige Steuern, teils als Rückzahlung von Schulden und Zinsen. Im allgemeinen blieb den Bauern gerade nur das, was sie für die Fortfristung ihres eigenen Lebens brauchten. So waren ihre Beziehungen zum Markt auf den allereinfachsten Ausdruck gebracht. Jetzt aber brauchen sie ganz im Gegensatz zu früher jeden Augenblick flüssiges Geld, um ihre Steuern und die verschiedenen anderen Abgaben zu leisten, und sie müssen ihre Produkte gegen Zahlung auf dem Markte selbst verkaufen. Für sie können nicht, wie dies für die Großhändler in Betracht kommt, Kreditoperationen in Frage kommen. Das ist auch einer der Faktoren, der die Zersetzung der kleinen Bauernwirtschaft zugunsten der konzentrierten Großwirtschaft beschleunigt. Trotz alledem bedeutet die Abschaffung des Zehnten einen bemerkenswerten Fortschritt auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Die Mehrheit der Bauernschaft ist davon befriedigt. Das Geheimnis des relativen Erfolges der kemalistischen Politik bei den Bauern und vor allem bei deren wohlhabendsten Schichten muß in dieser Reform gesucht werden.

Fragen des landwirtschaftlichen Kredites

Schon unter der Herrschaft von Abdul Hamid hatte die kaiserliche Regierung eine landwirtschaftliche Kreditbank (Ziruat Bankaci), die ihrer direkten Kontrolle unterworfen war, gegründet. Das Kapital dieser Bank wurde aus dem Ertrag einer Zusatzsteuer zum Zehnten zustandegebracht. Es sind also die Bauern selbst, die gewissermaßen in Form langfristiger Anleihen das in Betracht kommende Kapital beigesteuert haben. Aber nach einigen Jahren hörte die Regierung, die sich in Geldschwierigkeiten befand, auf, diesen Fonds der Landwirtschaftsbank zur Verfügung zu stellen, und sie verwendete ihn für die laufenden Bedürfnisse des Schatzamtes. So ging der Staat eine große Schuld gegenüber der Bank, mit anderen Worten gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung ein.

Die Bedürfnisse der Landbevölkerung zwangen die Regierung der Volkspartei, sich sehr bald mit dieser Frage zu beschäftigen. Als der Sieg im Unabhängigkeitskriege erfochten war und das Leben der Nationen seinen gewohnten Gang nahm, machte sich das Kreditbedürfnis der Landwirte sehr dringend bemerkbar. Die Behörden, die dieses Bedürfnis einigermaßen lindern wollten, waren vor die Notwendigkeit gestellt, sich mit der sehr prekären Lage der Landwirtschaftsbank ernsthaft zu beschäftigen. So entschloß man sich zu Beginn des Jahres 1924, ihr einen Teil der Beträge, um die sie unter dem ehemaligen Regime gebracht worden war, zurückzuerstatten. Man gab ihr eine vollständige Autonomie und setzte an ihre Spitze einen deutschen Spezialisten. Dank diesen Maßnahmen hat sich dieses

Kreditinstitut im Laufe der letzten drei oder vier Jahre sehr rasch entwickelt. Sein Kapital erreicht gegenwärtig den Betrag von 30 Millionen türkischen Pfunden. Sie hat fast in allen Teilen der Türkei ihre Zweigstellen und hat in 270 Orten ihre Vertreter.

Unglücklicherweise können die armen Schichten der Bauernschaft fast keinen Nutzen aus dieser Bank ziehen und so werden sie fast immer eine leichte Beute der unersättlichen Gier der Wucherer jeden Schlages. Denn die Bank bewilligt Kredite zum herabgesetzten Zinsfuß nur auf der Grundlage einer Hypothek auf den Grundbesitz, und zwar gemäß einer festgesetzten Norm, so daß die Besitzer von Parzellen oder verhältnismäßig kleinen Landstücken nur ganz geringfügige Summen entleihen können, oft aber gar nichts. Es kommt häufig vor, daß die Großgrundbesitzer von dieser Bank ungeheure Summen herausholen, die sie dann in Handelsgeschäften anlegen oder die sie zu wucherischen Bedingungen an die bedürftigen Bauern weiter verleihen.

Die Volkspartei verspricht wohl die Einführung eines vereinfachten Kredit-systems, das besonders den kleinen Landwirten zugute kommen soll, aber bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat sie noch nicht die geringste Initiative in diesem Sinne ergriffen. Die breiten Massen der Landbevölkerung werden heute wie ehemals durch die Wucherer und Spekulanten ausgesaugt.

Die Liquidierung der Ueberbleibsel des Feudalismus

Die große klerikale und reaktionäre Erhebung der Kurden zu Anfang des Jahres 1925 bot der nationalistischen Bourgeoisie eine gute Gelegenheit, die Reste des feudalen Regimes in den Ostprovinzen Kleinasiens zu liquidieren. Die Regierung versprach, radikale Maßnahmen durchzuführen. Aber nachdem sie die Erhebung im Blute erstickt hatte, hat sie sich damit begnügt, eine rein politische und administrative Lösung dieser Frage zu geben. Auf Grund eines Gesetzes, das in der Nationalversammlung Ende 1926 beschlossen wurde, erhält die Regierung die Vollmacht, in die westlichen Provinzen der Türkei 1500 Familien aus jenen Gebieten, die in den bewaffneten Aufstand verwickelt waren, umzusiedeln. Diese Familien sollen in den Gegenden, wo man sie zwangsweise ansässig machen würde, den Gegenwert des Bodens, den sie verlassen, erhalten, ferner eine entsprechende Entschädigung auf den Staatsdomänen. Ihre Besitztümer in den östlichen Provinzen gehen dafür in den Besitz des Staates über, der sich zum Ziele setzt, dort türkische Emigranten, die aus dem Ausland kommen, anzusiedeln.

Doch diese halbe Maßnahme hätte dann eine revolutionäre Bedeutung, wenn es sich darum handeln würde, aus diesen Gebieten, wo die Gebräuche und Privilegien des Feudalismus in ungesetzlicher Weise aufrechterhalten werden, die bevorrechteten Krautjunker zu entfernen, die dort die Bevölkerung im Zustande der Versklavung halten, aber tatsächlich ist das Gesetz von einer solchen Absicht weit entfernt. Die große Mehrheit der Familien, die zu dieser Umsiedlung gezwungen werden, befindet sich in ganz bescheidenen Verhältnissen. Diese Staatsbürger hatten nur infolge von Unwissenheit oder Fanatismus die Dummheit begangen, den feudalen Führern, die sich gegen das kemalistische Regime erhoben hatten, Gefolgschaft zu leisten. Anstatt sich nun damit zu begnügen, sie von ihren Führern zu isolieren, sendet man sie alle zusammen in eine andere Gegend. Andererseits behalten alle die

großen Herren, die Reichsten und Mächtigsten, die mit den Kemalisten verbunden waren und der Regierung der Republik treu blieben, das Recht, weiter auf ihrem Besitze zu verbleiben und ihren Betrieb ohne Einschränkung fortzuführen. Auf diese Weise trifft die Reform in den Ostprovinzen nicht den Feudalismus, sondern lediglich jene Feudalen, die der Kemal-Regierung feindlich gegenüberstehen.

Die Modernisierung des landwirtschaftlichen Betriebes

Die Kemalisten haben nicht das innerste Wesen der Agrarfrage verstanden. Für sie liegt der Brennpunkt der Frage nicht in der Befriedigung des Landhungers der breiten Massen der armen Bauernschaft und der im Sklavenzustande befindlichen Bevölkerung, für sie handelt es sich vor allem und einzig und allein darum, die landwirtschaftliche Produktion, die sie, übrigens mit Recht, für den Lebensnerv der nationalen Wirtschaft halten, zu intensivieren. Nach ihrer Meinung würde die Umänderung der Wirtschaftsmethoden allein genügen, um die große Unruhe und die Gärung in den ländlichen Kreisen zu beseitigen. Ihr leitendes Prinzip ist der mechanische Großbetrieb und die enge Verbindung der verschiedenen Teile des Landes durch ein Eisenbahnnetz.

Die Losung der Mechanisierung des landwirtschaftlichen Betriebes wird von den Großgrundbesitzern und allen Kemalisten, die vom Lande stammen, fieberhaft angewendet. Es gibt auch zahlreiche Politiker und Bürokraten der Volkspartei, welche sich während der Umwälzung der letzten Jahre bereichert haben und sich nun der Landwirtschaft widmen. Sie erwerben große Wirtschaften, deren Werkzeuge, Arbeitsmittel und Technik sie schleunigst vervollkommen. Es gibt mindestens 50 Abgeordnete, die sich in dieser Lage befinden. An ihrer Spitze steht Mustafa Kemal selbst, der im Laufe der letzten vier Jahre der größte Grundbesitzer der Türkei geworden ist. In einer seiner Wirtschaften in der Umgebung von Angora, die eine Ausdehnung von mehreren 10 000 Hektar hat, zählt man unter seinem Vieh allein 36 000 Stück Zuchtschafe. Mehrere Fabriken zur Erzeugung von Butter, Käse und zur Bearbeitung von Rohstoffen, wie Wolle, sind dort eingerichtet. Der ganze Betrieb wird nach Methoden, die technisch aufs höchste vervollkommen sind, geführt. Kemal hat eine Broschüre veröffentlicht, in der die Vorteile einer solchen Wirtschaftsführung im günstigsten Lichte dargestellt und die Besitzer anderer Wirtschaften aufgefordert werden, seinem Beispiele zu folgen.

Große landwirtschaftliche Betriebe nach diesem Muster sind insbesondere in den Gebieten von Smyrna, Aldana und Thrazien keine Seltenheit. In den Gegenden, die in der Nähe der Eisenbahnlinie liegen, geht eine wahre Entgeignung der kleinen Bauern zugunsten der jungen Landbourgeoisie vor sich. Leider fehlen in der Türkei gegenwärtig noch genaue statistische Daten, nach denen sich der Grad des Uebergangs vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb genau feststellen ließe.

In den östlichen Gebieten Anatoliens merkt man nichts von dieser Leidenschaft für die Anwendung moderner Technik. Diese Provinzen sind — wenigstens wirtschaftlich — vom übrigen Lande vollkommen isoliert. An vielen Stellen kann die Ernte den lokalen Bedarf für zwei Jahre decken.

Man muß dann den Getreidevorrat von einem Jahr zum andern aufbewahren, indem man ihn in eigens dazu bestimmten Gruben verstaut, um ihn gegen Witterungseinflüsse zu schützen. Hier entsteht vor allem die Frage der Erbauung von Eisenbahnen und Fahrstraßen für Auto-Lastwagen. Wenn die Pläne der Regierung zur Erbauung von Eisenbahnen verwirklicht sein werden, würde sich in wirtschaftlicher Hinsicht in der Türkei eine Aera großen Wohlstandes entwickeln, denn sie würde nicht nur der Notwendigkeit entgehen sein, Getreide einführen zu müssen, sondern sogar große Mengen ausführen können.

Endlich müssen wir noch bemerken, daß die Industrialisierung der Landwirtschaft und der Gebrauch von Traktoren von einer ganzen Reihe gesetzlicher Verfügungen begünstigt werden. Diese geben den Pächtern und begüterten Bauern, gegen ein Minimum von Garantien, die Möglichkeit, sich landwirtschaftliche Geräte und vor allem Traktoren auf Ratenzahlung zu verschaffen, Essenzen und Petroleum zu herabgesetzten Preisen zu erhalten und aus den staatlichen Reparationswerkstätten Nutzen zu ziehen usw. Außerdem haben die Bauern, die eine Fläche von mehr als 20 Hektar mit der Maschine bearbeiten, ein Recht auf eine Prämie von 30 Piastern pro 10 Ar.

Die landwirtschaftliche Industrie

Die landwirtschaftliche Produktion der Türkei umfaßt in beträchtlichem Ausmaß Rohmaterialien, die in der Industrie verarbeitet werden. Diese Rohstoffe (Wolle, Tabak, Leinen, Häute, getrocknete Früchte usw.) werden fast ausschließlich ins Ausland exportiert. Schon unter dem alten Regime hat man sich bemüht, eine landwirtschaftliche Industrie zu schaffen, aus der man wenigstens zum Teil im eigenen Lande Nutzen ziehen könnte. Eine solche Industrie wurde auch tatsächlich ins Leben gerufen. Aber sie lag zum größten Teil in den Händen der Griechen. Diese hatten sie im Zeitpunkt ihrer Flucht, im Jahre 1922, fast vollkommen zerstört.

Nach dem nationalen Siege erwarben unternehmende bürgerliche Elemente — dank dem Entgegenkommen der Regierung — das, was von diesen außer Gebrauch stehenden Fabriken noch vorhanden war. Und mit der materiellen Hilfe der Regierung bauten sie sie auf einer größeren Basis wieder auf. Diese Tätigkeit war von Erfolg gekrönt. Der gegenwärtige Stand der landwirtschaftlichen Industrie in den Gebieten von Smyrna und Aidin, die im Kriege am schwersten getroffen waren, übertrifft wesentlich den Stand vor dem Kriege. Man zählt 91 Olivenölfabriken, 32 Seifenfabriken, 18 Alkohol-Destillieren und 90 verschiedene andere Betriebe. (Mühlen, Makkaroni-, Holz- und Lederfabriken). Die größten dieser Fabriken sind neu gebaut. Die Mehrzahl ist restauriert.

Die Textil- und Lederindustrie war die entwickeltste. Da sie in den großen Städten errichtet war, wurde sie im Laufe des Krieges nicht geschädigt. Die ganzen Heereslieferungen an Kleidern und Schuhen konnten von den Fabriken, die der Militärintendanz gehörten, bestritten werden. Die Technik dieser ganzen Industrie ließ jedoch viel zu wünschen übrig.

Die Regierung der Volkspartei hat alles getan was sie konnte, um die private Initiative anzureizen, die Neuausstattung und die Entwicklung der Industrie zu beschleunigen. Die Fabriken, die den Militärverwaltungen ge-

hörten, wurden der Industrie- und Bergbau-Bank zur Verfügung gestellt, um von Aktiengesellschaften, bei denen der Staat nur als Aktionär beteiligt sein würde, betrieben zu werden. Man trachtet auf diese Weise den Produktionsapparat zu verbessern und die Unternehmen mittels der Kapitalien, die infolge dieser Umänderungen eventuell zuströmen würden, zu erweitern. Der Wert der Unternehmen dieser Art wird auf 15 000 000 türkische Pfund geschätzt.

Die Türkei war bis zum Jahre 1926 hinsichtlich ihres Zuckerverbrauchs vollständig von der Einfuhr des Auslandes abhängig. Gegenwärtig verfügt sie über zwei Zuckerraffinerien, von denen sich die eine in Thrazien, die andere in Uschak befindet. Ihre Produktionsfähigkeit dürfte 10 000 Tonnen im Jahre erreichen. Diese Menge entspricht einem Fünftel des Gesamtbedarfs, der im Jahre 1925 55 000 Tonnen erreichte. Diese Raffinerien wurden von Kapitalisten, die der kemalistischen Bourgeoisie angehören, errichtet und durch die wirksame Hilfe der Regierung gestützt, die Aktien gezeichnet hat und den Gesellschaften, die sich zu diesem Zweck konstituierten, große Begünstigungen gewährt. In der Umgebung solcher Fabriken wird die Zuckerrübenkultur auf jede Weise gefördert. Man beobachtet außerdem eine fieberhafte Tätigkeit zur Konzentration des Bodens in den Hände der Interessenten. Ein charakteristisches Zeichen ist, daß ein besonderes Gesetz die Türkei in Zonen einteilt, in denen Zuckerproduktion betrieben wird, und das die Errichtung einer zweiten Zuckerraffinerie in jeder dieser Zonen verbietet. So gewinnen diese Unternehmen den Charakter einer monopolistischen Konzession.

In gewissen Fällen ergreift das Handels- und Industrieministerium direkt die Initiative zur Gründung von Fabriken, die gemeinnützigen Charakter haben. Unter anderem hat es in Tossia (ein Gebiet, in dem Reis gebaut wird) eine große Fabrik zur Schälung von Reis errichtet, die gleichzeitig zur Reinigung und zur Auslese von Samenkörnern dienen muß. Man muß in diesen Gebieten auch Bewässerungsarbeiten machen, die die Reisproduktion in großem Ausmaße erhöhen würden.

Endlich müssen wir noch ein Gesetz vom Jahre 1925 erwähnen, daß den Angestellten der staatlichen Betriebe befiehlt, sich mit nationalen Erzeugnissen zu bekleiden und zu beschuhen.

Landwirtschaftliche Genossenschaften

Die Kommunisten waren es, die vor drei Jahren zum erstenmal an die armen Bauern das Losungswort vom Zusammenwirken der Landwirte gegen die Wucherer und großen Exportfirmen ausgaben. Statt der kleinen Landwirte bemächtigten sich größere Landwirte in Verbindung mit der Volkspartei dieser Anregung und fingen an, sich nun Kooperationen zu schaffen. Es sind vor allem die Landwirte, die sich mit Industriekulturen beschäftigen (Tabak, Baumwolle, Leinen) und die Weinbauern, die darin ein ausgezeichnetes Mittel sahen, um sich vom Drucke des ausländischen Kapitals zu befreien. Denn die Herstellung dieser Artikel, die fast ausschließlich zum Export bestimmt sind, erfordert große Mittel, und einige Monate vor der Verarbeitung der Ernte herrscht in diesen Gebieten eine allgemeine Nachfrage nach Krediten. Da der Außenhandel des Landes, besonders was den Export betrifft, in den Händen einer kleinen

Zahl ausländischer kapitalistischer Gruppen monopolisiert ist, die gleichzeitig die Kredite gewähren, sind ihnen die landwirtschaftlichen Produzenten auf Gnade und Barmherzigkeit ausgeliefert und gezwungen, die Preise anzunehmen, die sie bestimmen. Die kemalistischen Landwirte nahmen zu den Kreditgenossenschaften und allgemeinen Verkaufsgesellschaften Zuflucht, um sich dieser Abhängigkeit zu erwehren und ihren Einfluß auf die kleinen Landwirte zu festigen.

Unter den Tabakproduzenten von Brussa und Samsun, den Baumwollproduzenten von Adana und den Weinbauern von Smyrna haben sich einige Dutzend solcher Kooperationen gebildet. Aber die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Organisationen weit davon entfernt waren, die Ausbeutung der Bauern durch das Handelskapital abzuschwächen, sondern vielmehr nur dazu dienten, den Kampf der einheimischen Agrar-Bourgeoisie, den diese führte, um den Außenhandel den Händen der fremdländischen Kapitalisten zu entreißen, zu erleichtern.

Uebrigens war dieser Versuch in den meisten Fällen zum Scheitern verurteilt. Mehrere dieser Kooperationen sind gezwungen, ihre Geschäfte zu liquidieren. Eigentlich gibt es unter den Massen der Bauernschaft, abgesehen von einigen wenig ermunternden Versuchen, nicht genügend Fälle, die es erlaubten, von einer Kooperations-Bewegung zu sprechen.

In einem zweiten Artikel werden wir über die wirtschaftliche Arbeit der Kemalisten in den Handels- und Industriegebieten im allgemeinen berichten. Erst dann werden wir unsere Schlüsse über die Natur und den möglichen Ausgang dieser Art der Entwicklung zusammenfassen.

PAUL JOHANNSON:
NOCH EIN MARX-VERBESSERER*

Wohl besteht kein Mangel an theoretischen Ergüssen der Sozialdemokraten der verschiedensten Länder. Es erscheint uns aber doch angebracht, auch dem vorliegenden Buche einige Aufmerksamkeit zu schenken. Dieses Buch ist der erste Versuch einer Zusammenfassung und theoretischen Begründung der schwedischen Spielart des Reformismus, und darum von gewisser Bedeutung. Denn die schwedische Sozialdemokratie zeichnet sich auch heute noch durch ihre Stärke und ziemliche Geschlossenheit aus.

Der Verfasser dieses Buches, das Anfang 1926 erschien, ursprünglich Arbeiter und von jungen Jahren an Mitarbeiter des Führers der schwedischen Sozialdemokratie, Hjalmar Branting, kam während der Regierungszeit Brantings in einer damals bestehenden Sozialisierungskommission in enge Berührung mit bürgerlichen Nationalökonomern, wie Cassel, Wicksell und anderen, die aus der Schule der Wiener Nationalökonomern (Böhm-Bawerk, Menger), Fisher und Marshall hervorgegangen waren. In diesem Milieu von Ministersozialismus, bürgerlicher Nationalökonomie und Manchesterliberalismus entstand dieses erste theoretische Werk der schwedischen Sozialdemokratie.

Karleby will hoch hinaus. Sein Buch umfaßt so ziemlich alle Probleme des Marxismus. Es wird uns darum auch nicht möglich sein, auf alle Teile dieses Werkes einzugehen.

In der Einleitung seines Buches bekennt er sich zu dem von Max Adler „verbesserten“ Marxismus, von dem er aber von vornherein ausdrücklich die ökonomischen Lehren von Marx ausnimmt.

Er stellt fest, daß insbesondere die Entwicklung seit dem Jahre 1918 gezeigt habe, daß Branting und seine Anhänger viel mehr theoretische Klarheit, Selbständigkeit und praktische Eignung bewiesen hätten, als Marx' „offizieller Erbe, Karl Kautsky“. (S. VIII.)

„Unter dem Drucke der Wirklichkeit“ — sagt er — „hat die ganze Internationale Brantings alten Standpunkt angenommen, während die deutsche „radikale Doktrin“ zu Boden sank“.

Das Buch ist also gerichtet gegen den „deutschen Marxismus“ des Kautsky vor 1918, und setzt ihm die Theorie Brantings entgegen.

Im ersten Abschnitt seines Buches behandelt Karleby den Ursprung des Sozialismus. Dabei holt er ziemlich weit aus und findet den Ursprung des Sozialismus schließlich in dem „humanistischen Prinzip, das den Ideen der französischen Revolution und Reformation gemeinsam ist“. Dieses Prinzip ist das Prinzip der Freiheit, das er dem Autoritätsprinzip des Altertums, des Feudalismus und Katholizismus entgegensetzt.

„Der praktische Ursprung der modernen Arbeiterbewegung liegt nicht in einem prinzipiellen Gegensatz zur Bürgerklasse, sondern darin, daß die Arbeiterklasse meinte, (!) daß die Bürgerklasse in Sorge um ihre materiellen Interessen das gemeinsame Ideal verrate. Der Kampf der Arbeiterklasse ist die V o l l e n d u n g (Unterstreichung des Autors) und kein Bruch mit dem Werk der Bürgerklasse“. (S. 16.)

Nachdem so die Voraussetzungen für eine Arbeitsgemeinschaftstheorie gegeben sind, muß Karleby noch die Entstehung der Sozialdemokratie in ihrem schwedischen Typus begründen. Er greift dabei auf die Naturrechtslehre zurück, in der er die geistige Grundlage des Sozialismus sieht.

Die sozialdemokratische Gesellschaftsauffassung, die er im weiteren entwickelt, ist eine Anpassung einzelner Zitate aus dem kommunistischen Manifest an die aus deutschen reformistischen Schriften zur Genüge bekannte Arbeitsgemeinschaftstheorie. Sie dient nur als Voraussetzung für eine größere theoretische Auseinandersetzung Karlebys mit der materialistischen Geschichtsauffassung. Karleby ist Marxist wie Max Adler. Er anerkennt Marx als einen gebildeten Theoretiker, der aber nicht die Möglichkeit hatte, Brantings

* Nils Karleby: Socialismen inför Verkligheten. Stockholm, Tidens Förlag 1926. (Der Sozialismus vor der Verwirklichung, Studien über sozialdemokratische Anschauungen und Gegenwartspolitik.)

Wunderwerk in Schweden mitzerleben und infolgedessen noch nicht diese Höhe historischer Erkenntnis erreichen konnte wie Karleby. Er sieht in der materialistischen Geschichtsauffassung „einen Leitfaden zur Erforschung und zum Verständnis der sozialen Wirklichkeit der Geschichte“. Mit philosophischen Anschauungen steht sie in keinem Zusammenhang.

Nachdem also bereits erklärt wurde, daß die Arbeiter fortsetzen, was die Bourgeoisie begonnen hat, wird nun auch dem historischen Materialismus ein Winkel zugewiesen, in dem er sein Leben fristen kann. Somit kann der talentvolle Theoretiker sich aktuelleren Fragen zuwenden, und zwar dem, was die unmittelbaren Aufgaben der Sozialdemokratie in Schweden sind. Dazu muß er zunächst noch eine ganze Reihe von theoretischen Voraussetzungen schaffen. Wir begnügen uns hier nur mit ihrer Aufzählung.

Erstens Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln ist nach Karleby nichts anderes als gemeinsame Teilnahme aller an den Gütern, die die Besizer der Gesellschaft sind. (S. 53.) Und diese Teilnahme findet einen höchst originellen Ausdruck bei ihm.

„Die Arbeiterklasse hat durch die Sozialgesetzgebung Mitbestimmungsrecht über die Anwendung des Privateigentums gewonnen und damit . . . ist sie zum faktischen Teilnehmer am nationalen Kapital geworden.“

Wie wunderbar und doch so einfach.

Zweitens Beseitigung der unangenehmen Begleiterscheinungen der marxistischen Theorie. Trotz aller Versuche, es anders darzustellen, widerspricht auch in Schweden der Marxismus gewissen Prinzipien der kapitalistischen Wirtschaft. Aus diesem Grund ersetzt er die einzelnen Gesetze der Marx'schen Oekonomie durch entsprechende der Wiener Schule entlehnte. Die Grenznutzentheorie wird zum Rückgrat seiner ökonomischen Auffassung.

Drittens bereitet jedem guten Sozialdemokraten, der für ein gutes Einvernehmen mit der Bourgeoisie ist, der Begriff der Ausbeutung gewisse Schwierigkeiten. Marx kann doch schließlich einen Rockefeller (dieses Beispiel ist von Karleby), der mit leeren Händen begann und heute Milliardär ist, nicht als einen Ausbeuter bezeichnen! Aus diesem Grunde erklärt K. den Profit des Unternehmers für seinen Unternehmerlohn, zu dem er noch entsprechende Entschädigung für sein Risiko bekommen müßte. Unternehmergeinn ist eine Form des Arbeitseinkommens — so erklärt er. Und weiter: Arbeitslosigkeit ist ein Mangel an Zutritt zum erwünschten Einkommen, kein Mangel an Arbeit. (S. 160.)

Arbeit gibt es also stets, aber Lohn gibts keinen.

Es ist uns leider nicht vergönnt, den Raum dieser Zeitschrift zu einer Auseinandersetzung mit der Darstellung von Marx' ökonomischen Lehren, die Karleby in weiterem gibt, in Anspruch zu nehmen, wir halten uns nur ein wenig beim letzten Teil auf, der den Titel des Buches rechtfertigt, dem Sozialisierungsschema Karlebys.

Da wir ein gewisses Interesse an der sozialistischen Umgestaltung der Welt haben, hören wir darüber den Praktiker der Erfahrung der schwedischen Sozialisierungskommission: Nur ein paar Blüten aus dem sauber in Punkte und Unterpunkte geteilten Schema.

„Zur sozialistischen Umgestaltung gehören: der Sieg einer sozialrelativistischen Anschauung; Gestaltung der Produktions- und der Eigentumsrechte auf Grund dieser Anschauung, Gestaltung der Produktion nach ihren Entwicklungsinteressen und der Auffassung der Arbeiterklasse unter Teilnahme aller anderen Gesellschaftsgruppen, ihrem Einfluß entsprechend. Mit der Kollektivisierung der Produktion nähern sich immer größere Teile dieser Gruppen der Auffassung der Arbeiterklasse, auch wenn sie noch nominell ihre Gegner sind“.

„Stimmzettel und Kaufkraft sind verschiedene Methoden zur Ausübung des Einflusses (auf die gesellschaftlichen Verhältnisse.) Wie früher allgemeines gleiches Wahlrecht, gilt jetzt allgemein auch gleiche Kaufkraft“.

„Konkurrenz bleibt bestehen, um auf diese Weise die besten Kräfte der Gesellschaft in Gang zu setzen. Planwirtschaft ist eine Unmöglichkeit. Die verschiedenen Formen des Einkommens (Arbeitseinkommen, Rente, Unternehmergeinn) bleiben bestehen.“

Das ist nur eine Auswahl aus Karlebys Punkten. Er legt auch ein Schema für die Reformarbeit, die die Sozialdemokratie zu leisten hätte, vor. Doch darauf werden wir schon nicht mehr eingehen. Er faßt seine Theorie am besten selbst in den Schlußworten dieser kurzen Thesen zusammen:

„Richtunggebend ist keine mechanische Ausbeutungstheorie, die in Wirklichkeit keine Bedeutung hat, sondern nur als allgemein ethischer Ausgangspunkt dienen kann. Ebenso wenig eine apriorische Forderung eines einheitlichen Produktionssystems, sondern die Forderung nach Gleichberechtigung der Arbeiterklasse . . .“

Wo bleibt bei all dem der Sozialismus?

Die ödeste und abgedroschenste liberale Auffassung ist Karleby's Sozialismus. Und wenn wir den Sinn seines Buches dechiffrieren, so können wir ihn zusammenfassen in einem Satz, den er als Motto auf seine Schrift gesetzt hat: „We are all socialists now“.

Ohne Zweifel. Jeder Bürgerliche, nicht nur jeder Liberale, sondern auch ein ganz verstockter Reaktionär kann das Programm Karleby's annehmen.

Er schrieb sein Buch, während die Sozialdemokraten allein die königlich schwedische Regierung bildeten. Er wollte in dem Buch den Eindruck erwecken, daß die Sozialdemokraten tatsächlich für den Sozialismus in ihrer Art kämpfen. Aber für diesen Sozialismus, wie ihn Karleby verzapft, kämpft schließlich auch Ford und letzten Endes jeder Kapitalist.

In dieser anerkannten theoretischen Grundlage der schwedischen Sozialdemokratie erklärt sie sich gegen die Prinzipien des Marxismus, gegen den Klassenkampf selbst in seinen elementarsten Formen und für die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Und hierin liegt der Wert und die Originalität dieser theoretischen Arbeit: in der Unverfrorenheit, mit der hier dem Ministersozialismus Brantings das Mäntelchen einer Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse umgehängt wird.

Das theoretische Niveau der Arbeiterschaft in Schweden ist sehr niedrig. Die Sozialdemokratie hat es durch Jahre verstanden, beinahe alle marxistischen Schriften dem schwedischen Proletariat vorzuenthalten. Aus diesem Grunde konnte sich auch die schwedische Sozialdemokratie ungestraft eine solche unverhüllte Exkursion ins Lager der bürgerlichen Auffassung erlauben.

Karleby's Buch prätendiert aber in der Eihleitung darauf, eine Zusammenfassung der Theorie und Praxis Brantings zu sein, die „unter dem Druck der Wirklichkeit von der ganzen Internationale angenommen wurde“.

Die Sozialdemokratie Deutschlands hat das Buch verschwiegen. Man sollte es aber doch deutschen Sozialdemokraten zugänglich machen; es ist das Geständnis einer schönen Seele, eines naiven Mannes, der das niederschreibt, was Kautsky und andere noch nicht den Mut haben, zu Papier zu bringen: die vollkommene Abkehr von der Arbeiterklasse und ihrer Kampflehre, dem Marxismus, und Ersetzung der letzten „marxistischen Phasen durch die Theorien der Bourgeoisie“.

WLADIMIR ILJITSCH
L E N I N
 S Ä M T L I C H E
W E R K E

Nach sorgfältiger Vorbereitung und im Anschluß an die neue russische, vom Lenin-Institut herausgegebene Ausgabe bringt der unterzeichnete Verlag eine autorisierte Gesamtausgabe der Werke Lenins in deutscher Sprache heraus. Die Ausgabe umfaßt etwa 28 Bände, von denen jeder 500 bis 600 Seiten stark ist. Um möglichst breiten Kreisen der organisierten Arbeiterschaft die Anschaffung der Werke zu erleichtern, hat sich der Verlag entschlossen, eine Subskription einer verbilligten Organisationsausgabe aufzulegen. D. h. bei Bestellung bis 31. Mai und sofortiger Bezahlung des Betrages kostet:

| | | | |
|------------------------|------------|---------------------|------------|
| der Band in Ganzleinen | | der Band broschiert | |
| bis 31. Mai | ab 1. Juni | bis 31. Mai | ab 1. Juni |
| M. 5,— | M. 8,— | M. 4,— | M. 6,— |

Die Subskription des ersten Bandes verpflichtet nicht zur Abnahme der Gesamtausgabe. Bestellen Sie heute noch in Ihrer Buchhandlung, beim Literaturobmann oder beim Verlag direkt unter gleichzeitiger Einzahlung des Betrages (Postscheckkonto: Berlin 22140)

Als erster Band erscheint

Ende Mai 1927 Band XII:

MATERIALISMUS UND EMPIRIOKRITIZISMUS

Kritische Bemerkungen über eine reaktionäre Philosophie

Einleitung

Inhalt

- I. Die Erkenntnistheorie des Empiriokritizismus und des dialektischen Materialismus
- II. Der dialektische Materialismus und das Ding-an-sich
- III. Der dialektische Materialismus und die Metaphysik
- IV. Die philosophischen Idealisten als Mitkämpfer und Nachfolger der Empiriokritizisten
- V. Die neue Revolution in der Naturwissenschaft und der philosophische Idealismus
- VI. Der Empiriokritizismus und der historische Materialismus

Anhang: Zehn Fragen an den Referenten / Zur Frage der Dialektik / Anmerkungen / Namenregister usw.

Das Buch ist eine gründliche Abrechnung mit dem Revisionismus auf dem Gebiete der marxistischen Philosophie. Lenin weist darin nach, daß der sogenannte „Empiriokritizismus“ (die mit dem Namen Ernst Mach und Richard Avenarius verknüpfte philosophische Richtung, daher auch „Machismus“ genannt), der eine gewisse Zeit in einigen marxistisch sein wollenden Kreisen Eingang gefunden hat, nichts anderes ist als eine neumodische Spielart des altbekannten philosophischen Idealismus, also letzten Endes eine modernisierte Pfafferei. Aber mehr als das. Wie seinerzeit bei Friedrich Engels die Polemik gegen Eugen Dühring dazu diente, seine eigenen philosophischen Anschauungen und die von Marx positiv zu entwickeln, so bietet Lenin die Auseinandersetzung mit dem Machismus nur den Anlaß, um positiv eine zusammenhängende Darstellung des dialektischen Materialismus, der dialektischen Methode und kommunistischen Weltanschauung, wie sie von Marx und Engels begründet wurde, zu geben und auf unsere Zeit anzuwenden, im Zusammenhang mit den Umwälzungen in der Naturwissenschaft.